

Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausschnitt“, „Sozialistische Literatur-Ausschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Abzugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Stritzstraße 4/8, durch die Abteilungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrich-Str. 105, Wratzslustraße 155, sowie durch alle Auszubehörer zu beziehen. Abzugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmt. + 8 Pf. Träger-gebühren monatlich 1.75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmt. Durch die Post einchl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Verlehnungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis normallags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Stritzstraße 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

„Burgfrieden“ gegen die Sozialdemokratie?

Der Schrei nach der gemeinsamen Wahlkassette

Berlin, 21. Juli. (Eigener Bericht.)

Das Kabinett Brüning hat sich verblüfft. Es hat die Wahl nicht gewollt, nun steht es vor der Tatsache der Neuwahl, und es ist ihm Angst. Man sieht in den Kreisen der bisherigen Regierungsparteien nur zu gut, daß die Sozialdemokratie diesem Wahlkampf eine ausgezeichnete und starke Stellung einnimmt. Die Taten der Regierung, ihre Meinungen und Absichten genügen vollständig, um in weitesten Kreisen der Bevölkerung die Überzeugung hervorzurufen, daß eine derartige Regierung nicht wieder ans Ruder kommen darf. Das Treiben im Kabinetts der Interessenten bei der Vorbereitung der Finanzvorlagen ist noch in aller Gedächtnis, ebenso der Ausspruch eines Zentrumsabgeordneten, die Regierung Brüning „die reaktionärste Regierung seit der Revolution“ nannte.

Die Sozialdemokratische Partei wird selbstverständlich bestreben, diese von einem Zentrumsmann ausgesprochene Erkenntnis in weiteste Kreise zu tragen. Die Sozialdemokratische Partei geht in den Kampf mit einer Anhängererschaft, die zur Partei steht, mit einem erprobten Wahlapparat und geschlossenen Organisationen.

Gegenüber der Geschlossenheit der Sozialdemokratie befällt die bürgerlichen Parteien die Angst vor sich selbst. Die Regierungszeit des Kabinetts Brüning war ausgefüllt von dem Kampf aller gegen alle. Umsonst fürchtet sie jetzt den Kampf aller gegen alle in der Wahl. Aus dieser Angst der Ruf nach Sammlung entspringen: Sammlung der Parteien, Sammlung der Rechten und der Mitte und selbstverständlich gegen die Sozialdemokratie.

Wie sich die Rechtsgruppen einigen werden, die bei der Entscheidung für die Regierung Brüning gestimmt haben, ist noch nicht sicher. Die sozialen Grundlagen der einzelnen Gruppen, wie Aspirationen der Führer sind sehr verschieden. Es ist die Möglichkeit vorhanden, daß bei der Sammlung dieser Gruppen der Reichslandbund das Rückgrat bilden wird. Alles, was er geben kann, ist im Grunde genommen nur finanzielle Unterstützung, ein wirklicher Wahlapparat ist er nicht. Diese Sammlung der Rechten innerhalb des Regierungslagers würde danach im wesentlichen nur Gemeinschaft der Wahlkassette bedeuten, aber noch nicht innere Geschlossenheit. In diesem Zusammenhang darf man vielleicht die Frage aufwerfen, ob die Parteien, die der Reichslandbund vom Kali-Syndikat für gewerbliche Zwecke erhalten hat, noch vorhanden sind, welche anderen Zweckbestimmungen sie zugewidmet werden?

Auch in der Mitte ertönt wieder der Ruf nach Sammlung. Er ist nicht neu. Herr Scholz hat ihn

schon angestimmt, als die Wahlen noch nicht in Sicht waren. Man versteht diesen Ruf. Volkspartei und Demokraten, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei — das ist ein sehr buntes Sammelsurium! Die Wirtschaftspartei mit ihren egoistischen Forderungen der rabiat gewordenen Bäckermeister und Hausbesitzer ist sicherlich ein sehr angenehmer Bundesgenosse! Und wenn man sich erinnert, wie noch in der letzten Sitzung des Reichstags Demokraten und Zentrum einerseits und Deutsche Volkspartei andererseits sich über die Frage ihrer Einigung zu den Deutschnationalen in die Haare gerieten, so wird man die Furcht vor allgemeiner Anarchie im bürgerlichen Lager im Wahlkampf verstehen! Der Ruf nach Sammlung ist nicht von heute und von gestern und er ist immer der Furcht vor der Sozialdemokratie entsprungen. Er ist ein Symptom der politischen Unfruchtbarkeit und Rückständigkeit des deutschen Bürgertums. Als vor kurzem Herr Scholz ihn anstimmte, hat man im demokratischen Lager das bittere Wort ausgesprochen, daß die eigentlichen Drahtzieher schon gesammelt seien. Nämlich in den Ausschichtsräten, in denen sie gemeinsam sitzen! Diese große Gemeinschaft der bürgerlichen Mitte, so hören wir es damals, würde nicht eine ideale Gemeinschaft, sondern nur die Gemeinschaft der Wahlkassette darstellen. Das ganze Bürgertum und seine politischen Gruppen ein einziger Stipendiat der Schwerindustrie!

Ist die Sammlung und ein gemeinsames Wahlkartell nicht möglich, so doch vielleicht ein Burgfrieden der Parteien der bürgerlichen Mitte. Es sind Kräfte am Werke, um einen solchen „bürgerlichen Nichtangriffspakt“, einen Burgfrieden der Bürgerlichen untereinander, für die Zeit der Wahl herbeizuführen. Der Aufruf der Reichsregierung hat eine solche Absicht deutlich erkennen lassen, und es heißt, daß der Reichskanzler Brüning Verhandlungen über einen derartigen bürgerlichen Nichtangriffspakt demnächst einleiten werde. Bürgerlicher Nichtangriffspakt aber heißt selbstverständlich Pakt zum gemeinsamen Angriff gegen die Arbeiterklasse und ihre Partei.

Es würde ganz zum bisherigen Bilde der Regierung Brüning passen, wenn Herr Brüning in eigener Person sich um eine solche Vereinbarung bemühen würde. **Gemeinsamer Bettel bei der Schwerindustrie, gemeinsamer Haß gegen die Sozialdemokratie und dazu noch gemeinsame Wahlkassette** — kann man drahtlicher dem Volke die Bürgerblocktendenzen darstellen? Wenn sich der Chef der „reaktionärsten Regierung seit der Revolution“ persönlich bemüht, den Wahlblock gegen die Sozialdemokratie zustande zu bringen, so wird das ganze Volk sehen, welche Absichten er verfolgt. Die Enttarnung dieser Absichten aber ist die beste Propaganda für uns!

In den Wahlkampf!

Von Peter Grafmann,

Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes
Im Frühjahr dieses Jahres, nach dem Zerfall der Großen Koalition, hat ein Führer der Demokratischen Partei auf einer Tagung das Wort geprägt: „Die Emanzipation der Arbeiterklasse ist beendet“. Dieses Wort, in einem Bericht über die damalige politische Situation beifällig hingeworfen, ist charakteristisch für die Einstellung nicht nur dieser von galoppierender Schwindsucht erfassten Partei zu der Arbeiterbewegung, die für den Nachweis ihrer noch längst nicht abgeschlossenen geschichtlichen Mission auf die ständig wachsende Zahl ihrer Anhänger sich berufen kann, sondern für die Haltung fast aller bürgerlichen Parteien in den letzten Jahren. Es ist aber doch bezeichnend, daß gerade ein Führer dieser Partei, die bis vor wenigen Jahren sich immerhin bereit fand, an dem Ausbau der deutschen Sozialgesetzgebung im Geiste der Weimarer Verfassung mitzuarbeiten, sich mit so naiver Offenheit zu diesem reaktionären Standpunkt bekennt.

Die bürgerlichen Parteien, die sich in der Regierung Brüning zur Tätigkeit politischer Handelsgeschäfte zusammengefunden hatten, waren, jede für sich, schon seit langem des fortschrittlichen Aufbaues der sozialen Einrichtungen der deutschen Republik müde geworden. Man braucht nur an die Haltung der demokratischen Presse zurückzudenken, die während der ganzen Zeit, als die Unternehmer ihren systematischen Angriff gegen die deutsche Sozialpolitik, insbesondere aber gegen die Arbeitslosenversicherung führten, mit einer immerhin bemerkenswerten Dienstwilligkeit in Schilderungen der Mißbräuche schwelgte, die angeblich mit dieser neuen Institution von den Arbeitslosen betrieben wurde. Die bürgerlichen Parteien fanden, es sei für die Arbeiterklasse durch die Gesetzgebung der Nachkriegszeit genug und über genug geschehen, es sei endlich an der Zeit, nicht nur das Tempo dieser Entwicklung zu mäßigen, einen Stillstand im Ausbau eines neuen sozialen Arbeits- und Wirtschaftsrechtes herbeizuführen, sondern unter einem Namen, der das Ansehen der Firma nicht schädigte, auf einen **Abbau der sozialen Leistungen**, auf eine „Entpolitisierung“ der Sozialpolitik, auf eine Verminderung des Einflusses der Staatsgewalt im Schlichtungswesen, in der Arbeitslosenversicherung hinzudrängen. Der Name war bald gefunden. Wer sagt etwas vom Abbau der sozialen Leistungen? Nur die Sozialdemokratie, nur die Gewerkschaften können diese vom Liebesvollsten Wohlwollen der bürgerlichen Parteien getragenen Bestrebungen in so schäuder Weise verkennen. Nein, nicht um Abbau der Leistungen, nur um „Reform“ des Schlichtungswesens, „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, „Reform“ der Krankenversicherung ging es diesen Fiedermännern, die ein so offenes Ohr für die Wünsche der Arbeitgeber hatten und sich taub stellten gegenüber allem, was ihnen von Seiten der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie an begründeten Einwendungen und wohl überlegten Vorschlägen vorgebracht wurde.

Das Wort „Reform“ hat in den letzten Jahren seinen ursprünglichen Sinn verloren. Es ist nur noch eine pathetische Bezeichnung für bewußte planmäßige Verschlechterung.

Bis zum Beginn dieses Jahres, bis zum Abschluß der Haager Verhandlungen über die Regelung der Reparationen hätte freilich keine der Brüning-Parteien aus außenpolitischen Rücksichten den Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften offen aufzunehmen gewagt. Erst als die grundsätzliche Regelung der großen Fragen der deutschen Außenpolitik gegen die damals erst halb zerfallene Deutschnationale Volkspartei und gegen die Splitttergruppe der Volkskonservativen Vereinigung, die der Regierung Brüning den Adjutanten und Berater des Reichspräsidenten gestellt hat, durchgeführt worden war, erst dann war die Gelegenheit günstig, sich des unbequemen Partners zu entledigen und das Problem der Verteilung der inneren Lasten im engsten Kreise der bürgerlichen Familie zu lösen. Alle Angriffe auf die deutsche Sozialpolitik, die im Jahre 1929 von Seiten der Unternehmer und der für ihre Wünsche schon damals überaus hellhörigen bürgerlichen Parteien unternommen worden sind, dienten keinem anderen Zwecke, als nach der Regelung der Reparationen den Kampf um die Lastenverteilung in geschlossener Front gegen die Sozialdemokratie und Gewerkschaften führen zu können.

Die überraschende Schnelligkeit, mit der der Reichskanzler Brüning, in den späteren Monaten an Barthusplatz und vernehmliche Niederlagen gewohnt wie kein anderer Kanzler des Deutschen Reiches, über Nacht sein fertiges Kabinett dem Reichstag präsentierte, läßt keinen Zweifel aufkommen, daß diese Koalition, in der „der Haufen der Interessenten“ seine politische Vertretung fand, von langer Hand vorbereitet war. Es ist die Koalition der Parteien, die, nach der Sicherung der äußeren Freiheit, der inneren Freiheit des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse am besten zu dienen glaubten, indem sie es, soweit es in ihren Kräften stand, befreiten — von den Fesseln der Sozialpolitik.

USA. ratifiziert das Flottenabkommen

Der Bundesrat ratifizierte am Montag mit 58 gegen 3 Stimmen das Londoner Flottenabkommen und erklärte die Überseeunion dann für geschlossen. Mit der gleichen Mehrheit wurde die Entschickung angenommen, nach der die Ratifikation nur nach dem Vertragstext erfolgt, der bekannt ist und Geheimhaltungen nicht enthält. In einer Schlussrede bezeichnete Senator Wagner das Flottenabkommen als schwächlich. Immerhin es aber besser als die weitere Möglichkeit gegenseitiger Unterstützung.

nach konnte die Reichsregierung Bürgschaften bis 200 Millionen Mark übernehmen. Die Ermächtigung ist jedoch durch die bekannte Anleihe der Landesbankzentrale nur bis 110 Millionen Mark ausgeschöpft worden. Es bietet sich also noch ein Spielraum von 90 Millionen Mark. Die Regierung wird die Verwendung dieser Mittel auf Grund der bisherigen Verfahren durchführen und von der Gründung neuer Stellen absehen.

Vor der Landtagsauflösung in Braunschweig

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion beschloß einstimmig, im Plenum des Landtags einen Antrag auf Auflösung einzubringen, um die Neuwahlen mit den Reichstagswahlen am 14. September stattfinden lassen zu können. Eine für Donnerstag angelegte Sitzung des Ausschusses wird sich über die Einberufung des Landtages schlüssig werden. Die Auflösung muß mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. An dem Zustandekommen dieser Mehrheit ist kaum zu zweifeln.

Stimmlistenauslage vom 24. bis 31. August

Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmkarten für die Reichstagswahl vom 24. bis 31. August auszulegen sind.

Plant Brüning einen neuen Verfassungsbruch?

Die agrarische Presse fordert von der Reichsregierung, an Stelle der Osthilfegesetze, die ein Opferpolitik des Kabinetts Brüning-Schiele geworden sind, Notverordnungen zu setzen. Dazu erklärt der „Soz. Presse“, daß das Kabinett bereit ist, dem zu entsprechen, und soll eine Notverordnung vorerst den Volksvertretungen, der in der Diktation vorgelesen war, bringen. Mit der Veröffentlichung ist bereits in den nächsten Tagen zu rechnen. Eine zweite Notverordnung soll die Umschuldung in sich nehmen. Hier wird die Regierung wahrscheinlich auf die Ermächtigung aus dem Jahre 1929 zurückgreifen. Da-

Nach der Auffassung dieser Regierung, die im Wahlkampf...
...die deutsche Volkswirtschaft...
...die Interessen der deutschen Arbeiter...

tarliche Maßnahmen, die jeweils nur mit Unterstützung...
...die deutsche Volkswirtschaft...
...die Interessen der deutschen Arbeiter...

die sie unter dem Einfluß ihrer ganzen Kraft...
...die deutsche Volkswirtschaft...
...die Interessen der deutschen Arbeiter...

Wohin geht der Stahlhelm?

Für Eugenbergs oder für Westarps?

Auf welche Seite wird sich der Stahlhelm während...
...die deutsche Volkswirtschaft...
...die Interessen der deutschen Arbeiter...

Auf welche Seite wird sich der Stahlhelm während...
...die deutsche Volkswirtschaft...
...die Interessen der deutschen Arbeiter...

zustande gekommen, die ausschließlich mit dem Ziel...
...die deutsche Volkswirtschaft...
...die Interessen der deutschen Arbeiter...

Will auch Rußland antworten?

Paris, 22. Juli. (Eigener Funkbericht.)
Wie das nationalrussische Echo de Paris...
...die deutsche Volkswirtschaft...
...die Interessen der deutschen Arbeiter...

Bayern hekt eine Frau zu Tode

Eine unmenschliche Handlung einer bayerischen Kreisregierung

München, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.)
In der Regensburger Heil- und Pflanzenschule...
...die deutsche Volkswirtschaft...
...die Interessen der deutschen Arbeiter...

der Kreisregierung vielleicht korrigieren ließe. Diese Zulage...
...die deutsche Volkswirtschaft...
...die Interessen der deutschen Arbeiter...

Der Prozeß Gerd Wieringer

Geschichte einer Liebe von Julius Wolffsohn

Der Mann staunte im stillen über die Ruhe und Gelassenheit...
...die deutsche Volkswirtschaft...
...die Interessen der deutschen Arbeiter...

„Rein!“
Kurz und scharf, wie ein Schuß klang die Antwort durch...
...die deutsche Volkswirtschaft...
...die Interessen der deutschen Arbeiter...

Ihre Aussage gegen ihn hat nicht weniger geschadet...
...die deutsche Volkswirtschaft...
...die Interessen der deutschen Arbeiter...

Kommunistische Lügen über Dittmann

Die Berliner „Rote Fahne“ vom 18. Juli enthält in der folgenden Mitteilung:

„Amnestiebetreuer“

Dittmann verrät den Plan der SPD.

Nachfolgende Mitteilung gibt uns der Genosse, Reichstags-Abgeordneter Ruy, der auch für die Wahrheit dieser Mitteilung Verantwortung übernimmt: Ich war durch Zufall Zeuge eines Gesprächs zwischen dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dittmann und einem Abgeordneten der Rechtsparteien. Das Gespräch war kurz und charakteristisch. Dittmann sprach: „Na, haben Sie schon gehört, daß die Amnestie abgelehnt ist?“ Der andere Abgeordnete: „Ja, leider!“ Dittmann: „Ihnen kann das ja gleich sein, die Fememörder kommen sowieso raus!“

Hierzu schreibt uns der Abg. Dittmann: „Nicht mit einem Abgeordneten der Rechtsparteien, also einem Freunde der Fememörder, sondern mit dem Ministerialdirektor Dr. Brecht im Reichsministerium, den Keudell als Reichsinnenminister maßgebend, weil er Republikaner und Demokrat ist, also mit einem der führenden Gegner der Fememörder, sprach ich die Amnestie. Daraus erhellt schon, daß ich nicht gesagt haben kann: „Ihnen kann das ja gleich sein, die Fememörder kommen sowieso raus!“ Tatsächlich verlief das Gespräch anders: Ich sagte zu Brecht: „Na, die Amnestie ist ja eben einer Stimme Mehrheit abgelehnt worden.“ Darauf Brecht: „Ja, mit 5 Stimmen Mehrheit!“ Ich wieder: „So, ich war bei der Abstimmung nicht im Saale. Nach der Ausrufung des Reichstagspräsidenten Dr. Brügel im Plenum will ich die Fememörder nun wohl einzeln befragen?“ Darauf Brecht: „Ja, leider scheint es so!“

Das war das Gespräch, von dem der Abgeordnete Ruy ein Protokoll aufgeschrieben und das er völlig falsch verstanden hat. Ich weiß er den Fememörder Brecht für einen Fememörder, einen Abgeordneten der Rechtsparteien“ hielt. Ich habe Ruy am 17. Tage gesagt, wie die Sache wirklich war, und er hat sich überzeugt, daß er sich geirrt hat. Er versprach mir, dem kommunistischen Propaganda eine Richtigstellung zuzustellen. Ich habe an, daß er das auch getan hat. Aber die kommunistische Presse bringt offenbar nicht soviel Ehrlichkeit und Gerechtigkeit auf, die Richtigstellung abzugeben. Aus dem Lande kommen bereits Anfragen an mich, wie sich die Sache verhalten hat. Da anzunehmen ist, daß im Wahlkampf von kommunistischer Seite mit diesem Amnestiemärchen hausieren gegangen wird, stelle ich hiermit öffentlich richtig.“

Die Parteiumbildung auf der Rechten

Berlin, 22. Juli. (Eigener Funfbericht.)

Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß die Auflösung des Minister Treviranus als Spitzenkandidat der Konservativen für den Wahlkreis Westfalen-Nord ohne Wissen der konservativen Parteiführung erfolgt sei. Treviranus werde jedoch nicht im Wahlkreis Westfalen-Nord kandidieren. Auch Hugenberg kandidiert nicht mehr in Westfalen, sondern in Hessen-Nassau. Er verläßt seinen alten Wahlkreis wahrscheinlich, er dort einer Niederlage von vornherein gewiß ist. Die neue Wahrscheinlichkeit bis Mittwoch abend gegründete Partei soll den Namen „Konservative Staatspartei“ tragen. Sie beabsichtigt, je eine Stadtliste mit Westarp und Treviranus als Spitzenkandidaten und eine Liste unter Führung von Schiele aufzustellen. bestehen noch Schwierigkeiten, insbesondere hinsichtlich der Zusammensetzung der „Landliste“, die man jedoch noch im Laufe des heutigen Tages hoffe, austräumen zu können. In einem gemeinsamen Wahlkampf mit den Rundgebungen der einzelnen nationalen Splittergruppen soll, wie verlautet, in erster Linie der Kampf gegen Hugenberg und Hitler geführt werden. In einer am Montag abend abgehaltenen Reichsausführung der Konservativen erhielt Treviranus Vollmacht, die Verhandlungen mit Schiele und Westarp fortzuführen — und abzuschließen.

Wie die „Landvolk-Nachrichten“ von gut unterrichteter Seite erfahren, entsprechen die in einem großen Teil der erschienenen Nachrichten über die Neugruppierung auf der rechten Rechten zum größten Teil nicht den Tatsachen. Insbesondere könne es sich nicht darum handeln, daß der Landbund die gewichtige Stellung als wirtschaftspolitische Organisation erhebe und sich zur Partei erkläre. Der Vorstand des Reichsbundes werde in seiner heutigen Sitzung die entscheidenden Schritte fassen. Wollig abwegig ist übrigens auch die Meldung, seitens des Landvolkes eine politische Isolierung des Grafen Westarp und seiner Anhänger beabsichtigt sei, zumal gerade bei der politischen Freundeskreis des Grafen Westarp durch sein beharrliches Eintreten für die praktische Durchführung des Agrar-Programms der Verbundenheit und seine Verbundenheit mit dem Landvolke bewiesen haben.

Der Vorstand des Reichslandbundes tritt heute Berlin zu seiner entscheidenden Tagung über die Finanzierung der Zusammenfassung der deutschen nationalen Splittergruppen zusammen. Wahrscheinlich aus diesem Grunde veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“ heute theoretische Betrachtung über „Hindenburg als Führer“, der folgende Stellen entnehmen:

Die Tatsache, daß hinter der Notverordnung Hindenburgs eine politische Mehrheit des Parlaments nicht stand, ist die klare Bedeutung einer bewußt gegen den Parlamentarismus gerichteten Aktion. Und wir wiederholen, daß Hindenburg mit ihr diejenige Auffassung von der Stellung des Reichspräsidenten und seiner Pflicht zu höchster persönlicher Verantwortung getätigt hat, die gerade von der Rechten immer gelehrt und verlangt wurde. Darum war der 18. Juli ein ungeschickter Erfolg der Sozialdemokratie und des parlamentarischen Systems.“

Die „Kreuzzeitung“ des Grafen Westarp meldet im Hinblick auf den in der demokratischen Presse verbreiteten Gerüchten:

„Die bis jetzt geführten Vorbesprechungen zwischen einzelnen für eine Zusammenfassung der konservativen Parteien in Frage kommenden Persönlichkeiten sind gut verlaufen. Die weitere Entwicklung wird von den in diesen Tagen in den verschiedenen Orten und Ausschüssen der verschiedenen Parteien abhängen. Es ist zu erwarten, daß die Vereinbarungen, getroffen werden, die von der Öffentlichkeit gefordert und begehrt gewordenen Zusammenfassung den Weg weisen.“

Der aus der Deutschen Nationalen Volkspartei ausgeschlossene Abgeordnete von Lettow-Vorbeck, der frühere Reichsminister von Lettow-Vorbeck, hat sich dem Grafen Westarp für die neue Parteibildung zur Verfügung gestellt.

Gibt Thüringen nach?

Angebl. Verhandlungen mit dem Reich wegen der Polizei Weimar, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Die in Weimar erscheinende „Allgemeine Thüringer Landeszeitung“ meldet, daß zwischen dem Reich und Thüringen Verhandlungen zur Beilegung des Polizeikonfliktes schweben. Thüringen lehne sich nach der Ablehnung der von ihm beim Staatsgerichtshof beantragten einstweiligen Verfügung vor die Notwendigkeit gestellt, die fehlenden Zuschüsse einzuweisen aus eigenen Mitteln bereitzustellen. Die Ausbringung dieser Beträge würde aber die Schaffung neuer Einnahmen bedeuten. In Würdigung dieser Sachlage habe sich die Reichsregierung bereit erklärt, unter gewissen Bedingungen die Zuschüsse für die Landespolizei vorläufig in Thüringen weiter zu zahlen. Die Bedingungen sollen vor allem darin bestehen, daß die von Fried eingeleiteten nationalsozialistischen Polizeidirektoren bis zur endgültigen Entscheidung beurlaubt werden.

Von zuverlässiger Seite erfahren wir hierzu, daß Verhandlungen mit der Reichsregierung noch nicht stattgefunden haben. Von dem wirtschaftspolitischen Justizminister Dr. Kästner, der Fried gegenwärtig vertritt, soll jedoch erwogen worden sein, in der oben gekennzeichneten Richtung mit der Reichsregierung in Verhandlungen zu treten. Vorher wolle Dr. Kästner jedoch das Einverständnis von Fried einholen, der sich gegenwärtig auf einer Besprechung in Bayern befinden soll.

Der Kampf gegen die Kinderfreunde in Bayern

München, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Als unmittelbare Folge der Billigung, die die Pläne des bayerischen Kultusministeriums gegen die Kinderfreundebewegung in Bayern im Haushaltsausschuß des Landtages gefunden haben, beginnt der bayerische Kultusminister jetzt mit seinen Unterdrückungsmaßnahmen. Nach am gleichen Tage der Verhandlungen im Landtag (18. Juli) hat er dem bayerischen Landesausschuß der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde mitgeteilt, daß die Beteiligung bayerischer Schulpflichtiger an dem für Ende Juli bis Ende August geplanten Ferienlager der Kinderfreunde in der Nähe des oberbayerischen Bergarbeiterdorfes Hauscham verboten sei. Gegen eine verbotswidrige Teilnahme werde die Unterrichtsverwaltung die erforderlichen Maßnahmen vornehmen.

Für die Kinderrepublik Hauscham hatten sich rund 600 Kinder angemeldet. Die notwendigen Vorbereitungen waren im wesentlichen schon getroffen, als der Verlauf der Verhandlungen mit dem Kultusministerium schon vor Wochen erkennen ließ, was die vereinigte bayerische Reaktion unter der Führung katholischer Geistlicher gegen die Kinderfreunde im Schilde führten. Nachdem die Kinderfreunde die Maßnahmen des ministeriellen Ultimatums, die einer Verleugnung ihrer Erziehungsgrundsätze gleichkommen wäre, verweigerten und darauf jetzt das Verbot für bayerische Schulpflichtige ergangen ist, verzichteten die Kinderfreunde auf die Durchführung dieses Ferienlagers. Die nichtbayerischen Teilnehmer wurden mit ihrer Einwilligung bereits anderen Lagern außerhalb Bayerns zugeteilt.

Haussuchung bei einem kommunistischen Reichstagsabgeordneten

München, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Im Münchener Büro der kommunistischen Reichstagsabgeordneten Buchmann hat die Polizei am Montag Haussuchen lassen. Alle Räume und Kästen wurden gewaltsam geöffnet. Zahlreiche Schriftstücke und Korrespondenzen wurden beschlagnahmt und in die Polizeidirektion gebracht. Ueber die Gründe der Hausdurchsuchung beharrt die Polizei stillschweigend.

Die sächsische Rechte uneinig

Ergebnislose Verhandlungen

Dresden, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Am Montag verhandelten die bürgerlichen Rechtsparteien unter dem Vorsitz des ehemaligen sächsischen Finanzministers Weber nochmals über die Bildung einer Regierung unter Einfluß der Nationalsozialisten. Die Demokraten und die beiden Abgeordneten der „Nationalen Gruppe“ hatten eine Beteiligung an den Verhandlungen abgelehnt. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos.

Weber hatte den Parteien vor den Verhandlungen brieflich eine Ministerliste gegeben lassen, nach der die Deutschen Nationalen das Innenministerium und die Nationalsozialisten das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium erhalten sollten. Die Nationalsozialisten erklärten sich mit diesem Vorschlag nicht einverstanden und stellten im Verlauf der Verhandlungen einen Antrag auf Auflösung des Landtages in Aussicht. Als die Volkspartei und der Christlichsoziale Volksdienst ebenfalls Schwierigkeiten machten, stellte man ihnen zu ihrer Beruhigung die Abzweigung eines Ministeriums in Aussicht. Uneinig aber denn je gingen die Parteien schließlich auseinander, so daß die auf der Tagesordnung der Diensttagung des sächsischen Landtages stehende Wahl des Ministerpräsidenten wiederum ergebnislos verlaufen wird und die Regierung Schiele bis zum Herbst zunächst im Amte bleiben dürfte.

Dresden, 22. Juli. (Eigener Funfbericht.)

In der gestrigen Besprechung der sächsischen Rechtsparteien erklärte der Vertreter der Nationalsozialisten, Dr. Friß, seine Partei hätte keine Veranlassung, auf das Innenministerium zu verzichten. Die Nationalsozialisten erklärten in ihrer sächsischen Politik einen Vorposten gegen das Reich, dem sie Positionen freitig machen wollten. Die Zustimmung zu der vorgeschlagenen Einteilung der Ministerien, nach der die Nationalsozialisten nur das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium erhalten sollten, sei eine Anerkennung des Standpunktes der Reichsregierung, nach dem Nationalsozialisten nicht Polizeiminister sein können. Seine

Partei könne das unter keinen Umständen auf sich nehmen. Die Nationalsozialisten wollten mit dem Entzug der Anpassung Schluß machen. Entweder sie erhielten das Innenministerium oder sie erklärten sich an den weiteren Arbeiten zur Reorganisationsbildung desinteressiert.

Sozialistische Zusammenkunft in London

anlässlich der Tagung der Interparlamentarischen Union

Am Montag nachmittag traten die sozialistischen Mitglieder der Interparlamentarischen Union zu einer internen Sitzung zusammen, der u. a. der Sekretär der sozialistischen Internationale, Fritz Adler, sowie der Präsident der französischen Kammer, Buisson, und Reichstagspräsident Löbe bewohnten. Bezitren waren 16 Länder mit 61 Abgeordneten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung schnitt Renaudel Frankreich die Frage einer besseren Organisation der sozialistischen Teilnehmer der Interparlamentarischen Union an. Renaudels Ausführungen fanden einstimmig Zustimmung. Das Sekretariat der sozialistischen Internationale wurde erucht, gemeinsam mit Dr. Winter-Tschichowatski, der sich um das Zustandekommen der Sitzung besonders bemüht hatte, Vorbereitungen in die Wege zu leiten, um auf der kommenden Konferenz die sozialistischen Teilnehmer enger zusammenzuschließen. Im Verlauf der weiteren Verhandlungen wurde die Frage des geheimen Wahlrechts, das in allen europäischen Staaten mit Ausnahme Ungarns verwirklicht ist, erörtert. Die deutschen Delegierten erklärten, daß sie in der Vollziehung der Interparlamentarischen Union am Dienstag einen Antrag stellen würden, daß das geheime Wahlrecht auf die Tagesordnung des im Jahre 1931 stattfindenden Kongresses der Interparlamentarischen Union gestellt werden soll. Dann befaßte sich die Konferenz mit der Lage in Finnland und der Gefährdung des Parlamentarismus in diesem Lande. Es wurde ein Telegramm an den finnischen Ministerpräsidenten Soininuvud beschloffen, das gegen die jüngsten Ereignisse in Finnland protestiert.

Zum Schluß der Sitzung beantragte der Vorsitzende Riley England eine Sympathieerklärung für die deutsche Sozialdemokratie in ihrem harten Kampfe gegen die Reaktion. Unter großem Beifall wurde eine entsprechende Entschließung einstimmig angenommen. Reichstagspräsident Löbe dankte in wirkungsvollen Sätzen für die Sympathie des Kongresses und gab eine kurze Uebersicht über die Lage in Deutschland. Er beendete seine Rede unter stürmischen Beifall mit den Worten: „Die deutsche Sozialdemokratie gibt ihnen die Versicherung, daß sie auch aus diesem Wahlkampf als die größte Partei Deutschlands hervorgehen wird.“

Die sozialistischen Vertreter auf der Tagung der Interparlamentarischen Union haben folgendes Telegramm an den finnischen Ministerpräsidenten in Helsinki geschickt:

„Versammelt bei der interparlamentarischen Konferenz in London senden 61 sozialistische Abgeordnete aus 16 Ländern den Ausdruck ihres schärfsten Protestes gegen die dem Vizepräsidenten des finnischen Parlaments Jakkila zugefügten unerhörten Drangalierungen. Wir leben in dieser Tat sowie in den Ereignissen der letzten Wochen in Finnland eine tief beklagenswerte Gefährdung des demokratischen Parlamentarismus. Alle unsere Sympathien bei den nächsten Wahlen sind an der Seite jener, die die Demokratie ernstlich verteidigen, insbesondere bei der sozialistischen Partei.“

Auf Antrag des unterhausabgeordneten Riley sandten die 61 sozialistischen Teilnehmer an dem Kongreß der Interparlamentarischen Union folgendes Telegramm an den Vorstand der deutschen Sozialdemokratie: „Die sozialistischen Abgeordneten aus England, Frankreich, Belgien, Schweiz, Schweden, Irland, Dänemark, Lettland, Estland, Finnland, Danzig, Holland, Tschechoslowakei, Südafrika und Rumänien senden ihre herzlichsten Wünsche an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für einen großen Erfolg bei den nächsten Wahlen.“

Differenzen in der IAW.

Innerhalb der Unabhängigen Arbeiterpartei ist es jetzt zu ersten Meinungsverschiedenheiten gekommen, die zu einer baldigen Lösung drängen. Eine Minderheit mit Maxton an der Spitze will künftig im Unterhaus Handlungsfreiheit, während die Mehrheit in Zukunft die Disziplin der Arbeiterpartei gewahrt wissen und nicht mehr gegen die Regierung stimmen will. Am Freitag sollen in einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände der Arbeiterpartei und der Unabhängigen Partei die Differenzpunkte behandelt werden.

Schiffscherin zurückgetreten

Aus Moskau wird gemeldet, daß das Präsidium des Zentralkomitees der Sowjet-Union Tschitscherin auf seine persönliche Bitte hin seines Amtes als Außenkommissar enthoben und Litwinow zu seinem Nachfolger, Krejtsinski zum ersten und Karachan zum zweiten Stellvertreter ernannt habe. Die Leitung des Außenkommissariats soll in Zukunft kollegial erfolgen. Krejtsinski, der zurzeit Botschafter in Berlin ist, wird schon in aller nächster Zeit nach Moskau zurückkehren. Man betrachtet diese Rückkehr allgemein als Strafverlegung.

Neue Unruhen in Ägypten

Kairo, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Die Hauptstadt Ägyptens war am Montag der Schauplatz blutiger Kämpfe. Wie angekündigt, erschienen Anhänger der Wafd-Partei in Massen auf den Straßen, um in das Parlamentsgebäude einzudringen. Polizei und ägyptische Truppen hinderten sie daran. Die Demonstranten errichteten Barrikaden. Der gesamte Straßen- und Geschäftverkehr ruhte. An verschiedenen Plätzen der Stadt wurde heftig gekämpft. Bis abends waren ein Toter und 89 Verwundete zu verzeichnen. Die Verluste der Polizei sind unbekannt. 329 Demonstranten wurden verhaftet.

Auch in Port Said kam es zu schweren Unruhen. Hier sind ein Toter und 21 Verletzte zu beklagen. Während der Kämpfe war das Europäer-Viertel durch Truppenverbände abgeriegelt.

Die Zahl der Opfer bei den gestrigen Zusammenstößen in Kairo beziffert sich bisher auf 18 Tote und 119 Verletzte. Von den Hauptstädten des Suezkanals kamen an die hauptstädtische Polizei 500 Kufe, da auch dort Unruhen ausgebrochen sind. In Port Said wurden 79 Personen verletzt.

Gemäßigte ägyptische Politiker fordern die Abdankung Fuads und seiner Diktatur-Regierung.

Weiße Zähne: Chlorodont

Vollversammlung

der Betriebsräte u. Gewerkschaftsvertrauensleute

Mittwoch, den 23. Juli, um 20 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses

Internationale Wirtschaftspolitik

Vortrag von Genossen Dr. Berger, Bochum
Eintritt nur gegen Vorzeigung der Gewerkschaftsausweis

Betriebsrätezentrale Breslau

Familien-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Breslau.
Montag, den 21. Juli, vormittags 9 Uhr, verstarb
unser Freund und Verbandskollege, der **Asphaltour**

Julius Thamm

im Alter von 74 Jahren. 3016
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, 24. Juli, nachm. 2 1/2 Uhr,
vom St. Joseph-Krankenhaus nach St. Laurentius.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Breslau.
Sonntag, den 19. Juli, nachmittags 2 Uhr, verstarb
unser Freund und Verbandskollege, der **Golbglöber**

Wilhelm Weinberg

im Alter von 63 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Einsäuerung: Freitag, den 25. Juli, nachmittags
5 Uhr, im Krematorium in Gräbschen. 3058

Zurückgekehrt

Dr. Willy Bloch

Facharzt für innere Krankheiten
Waldstraße 133
Ecke, Kaiser-Wilhelm-Straße

11578

Druckerei Volkswacht Ausführung aller Druckarbeiten
Breslau 2, Flurstraße 4/6

Orient?

3043

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Breslau.

Der Termin zur Einreichung von Bewerbungen
für den 2. Bevollmächtigten des Deutschen Metall-
arbeiter-Verbandes ist nicht, wie irrtümlich im
gestrigen Interat angegeben war, der 25. Juli,
sondern der 28. Juli 1930. Die Ortsverwaltung.

Konkurswaren-Ausverkauf!

Die aus der Konkursmasse des Uhrmachers Hans
Volkmer, Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße 4,
noch vorhandenen **Restbestände** bestehend
aus Salon-, Wand-, Küchen- und anderen Uhren,
sowie Ringen, Ketten, Zigarettenetuis und vieles
andere werden in der Zeit von 9-1 und 3-7 zu
ganz bedeutend herabgesetzten Preisen ausverkauft.

7645

A. Kreys, Konkursverwalter.

Wie der Weltkrieg entstand.

Das amtliche Aftenmaterial und
die Randbemerkungen des Kaisers
180 Seiten Preis nur 60 Pf
Volkswacht - Buchhandlung.

CAPITOL



Heute Premiere!

Hoffmanns Gurten, Oswitz

Heute und täglich:
Großes Garten - Freikonzert
ausgeführt vom Damen-Trompeterkorps „Weserlust“
Jeden Mittwoch: 3050

Großes Kinder - Freudenfest
Montag und Donnerstag **Strohwitwer-Ball** Eintritt frei!

Luna-Park

2962 Direktion: E. Strachotta
Breslau - Morgenau Tel. 55604
Straßenbahn-Verbindung bis zum Luna-Park.

Varieté-Vorstellung

mit internationalem Programm
Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag,
nachm. Vorstellung u. abds. Vorstellung m. Ball
4 Uhr 8 Uhr

Montag, Mittwoch und Freitag:
nur Abendvorstellung mit dem beliebten **Verkehrten Ball**
Eintritt: Nachm. 25 Pf., abds. mit Tanz 50 Pf.

„Schillergarten“ Oswitz

Jeden Mittwoch:
Großes Kinderfreudenfest
mit Überraschungen
im festlich dekorierten Garten unter Leitung
von **Onkel Drolly** Eintritt frei

Direkt in der Herrenkleiderfabrik

kaufen Sie Ihre Garderobe gut und billig
Herren-Anzüge aus reinen
Kammgarnstoffen

Series III Serie II Serie I
Mk. 51.- 59.- 68.-

fertig vom Lager oder nach Maß. — Überzeugen
Sie sich durch Besichtigung ohne Kaufzwang.
Karlsru. 30 od. Platz der Republik 7 IV. Etlg. links
Geschäftsstunden 8-4 1/2 Uhr. Portal 5 (Fahrtstuhl)

Proletarier!

Beseitigt die Hindernisse des
Sprachschranks! Lernet die
Weltprache **Esperanto**,
die von Arbeitern aller Nationen
gestochen und verwendet wird

Für **Maurer**
und
Zimmer-
leute
Leinwand
und eisenfeste
Arbeitskleidung
Durch
Selbstverfertigung
niedrigste Preise!
Riesengroße Auswahl!
Oskar Dehmel
Breslau I, Neumarkt 45

Benutze die Buchkarte!

für 50 Pf. wöchentlich
kannst Du Dir geistige
Schatze von unermel-
lichem Wert erwerben!
Wende Dich sofort an unsere
Buchhandlung
Neue Graupenstraße 8



PIETRO NENNI

TODESKAMPF DER FREIHEIT

Ein erschütternder Tatsachenbericht über
den Nationalsozialismus und Faschismus!

Preis des Buches **Mk. 2.75**
In modernem, farbigem Photomontage-Umschlag.

Schwer lastet das Schicksal über Italien. Durch faschi-
stische Willkür gefesselt, wehrlos, seiner geistigen Freiheit
beraubt, erträgt es Mussolini als Diktator. Zerstörte
Arbeiterorganisationen, zertrümmerte Zeitungsdruckereien,
in Brand gesteckte Volkshäuser kennzeichnen den Weg.
Mißhandlung und Mord brachten den Renegaten zur
Macht. Aber die Geschichte zeigt, daß noch jede Tyrannol
gestürzt ist. Nichts wird vergessen. Für alles kommt der
Zahltag. — Die Erinnerungen des früheren Chefredakteurs
des sozialistischen „Avanti!“ brachten als Vorabdruck in
der Abendausgabe des „Vorwärts“ bereits einen vollen
Erfolg. Sie sind ein wertvolles Geschichtsdokument.

Volkswacht - Buchhandlungen, Breslau
Neue Graupenstraße 8
Flurstraße 4, Friedrich-Wilhelm-Straße 108

Schauspielhaus
Tel. 36300
Täglich 8 Uhr
Der Weltchluger
Dolly's Abenteuer
Loni Reuser
Ino Wimmer a. G.
Gegen Vorweisung
dieser Anzeige
50% Ermäßigung
an der Theaterkasse

LIBERIAN
Täglich 8.15 Uhr die erfolg-
reiche Randow-Revue
Komm zu mir
mit Herta Loewe u. den
reizenden Randow-Girls

Interate erzielen in
der „Volkswacht“
den größten Erfolg

Wohnungen
Tausche
Große 2 fenstr. Stube, 1 gr.
Küche, Kabinett u. Entree in
ebenische od. etwas kleinere
bis höchst. 2. Stock frankheits-
halber. Off. unt. Fr. 103 an
Volkswacht-Buchhandl. Bresl.
Friedrich-Wilhelm-Str. 106.

**Für Ledige
mit Kind**
wird preiswertes

möbl. od. unmöbl.
Zimmer gesucht.
Offert. m. Preisangabe unter
A. 41 an die Verlagsst. d. Btg.

Bettlücke
Teppiche, Gardinen, Küfer,
Tische, Stühle, Bettdecken. Viele
Gelegenheitskäufe bei großer
Auswahl. Sinauerdstr. 10. Preisle.
20% Rabatt weil sofort verkauft
wird. Friedrich-Wilhelm-Str. 106
Reizität seit 1870. Ver. St. Gutschke.

Betten Doppelbetten
15, 18, 25 etc.
Kissen 6, 8, 7,50 etc., rote
Spinnweb verkauft 3019
Belghaus Selsuerstr. 12, 1.

Kleine Anzeigen
Für Komplex gelöste ein-
zelne Anzeigen von 50
Wort, 10 Wörtern u. a.
und von 10 Wörtern. Wort
8 Pfennige, 10 4 Pfennige.

Für neue Sportwagen für
10 Wör. zu verkaufen. Witzke,
Sulzenstraße 27, tel. 7411



In dieser Woche:

Volltreffer

mit vielen
außerordentlich günstigen

Gelegenheitskäufen

Morgen:

Zum Ausbessern von Trikotsagen viele hundert

Trikot-Reste

in gut verwendbaren Stücken, geeignet für
Mako- und wollgemischte Herrenhan-
den und Hosen, sowie für baumwollene
Damen-Wäsche, Schläpfer etc. in ver-
schiedenen guten Qualitäten, je nach Größe

Rest **8 10 20 30** Pf.

Einzelne weiße und makofarbige

Hals- und Armbündchen

fix und fertig zum Annähnen
Halsbündchen Armbündchen
Stück **20** Pf. Paar **25** Pf.

Die „Frauenwelt“ den Frauen
zum Lesen, Denken und Schauen

„Frauenwelt“

eine Halbmonatsschrift für die Frauen
des schaffend. Volkes. Preis 35 Pf.
Zu bestellen bei all. Zeitungsträgern

Proletarierfrauen

kaufen sich die Broschüre von der
Genossin Luise Otto

Vorbeugen nicht abtreiben

Sie finden darin mehr, als in die-
selbigen, gefehlt tunden Bühren.
Die Schrift ist ein ausreichender

Ratgeber für Eheleute.

Am 10. Male wieder eingetroffen! Preis 80 Pf.
Kudwärts gegen Voreinsendung von 90 Pf.
an die

Volkswacht-Buchhandlung
Breslau III, Neue Graupenstraße Nr. 8

Breslauer Nachrichten

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Groß-Breslau ruft für Mittwoch, den 30. Juli 1930, 10 1/2 Uhr, eine außerordentliche Generalversammlung Gewerkschaftshaus ein.

Einziger Tagesordnungspunkt: Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag

Vorschläge außerhalb dieser Tagesordnung, die in der Generalversammlung zur Beratung kommen sollen, müssen drei Tage vor stattfinden der Generalversammlung dem Vorstande unterbreitet werden.

An der außerordentlichen Generalversammlung nehmen mit abweichender Stimme die gewählten Vertreter sowie die Mitglieder des engeren und erweiterten Vorstandes teil. Die Revisoren, die Mitglieder der Prüfungskommission und des Bildungsausschusses, sowie die in Breslau wohnenden Abgeordneten für Gemeinde, Provinz, Staat und Reich und die Redakteure der Volkswacht haben beratende Stimme.

Die Sitzung des erweiterten Parteivorstandes findet nicht, wie gestern angekündigt wurde, am Donnerstag, den 25. Juli, sondern erst am Dienstag, dem 29. Juli 1930, Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses statt.

„Eine faschistische Demonstration“

Filippo Turati antwortet dem italienischen Konsul

Wie unseren Lesern erinnerlich, hat hier kürzlich der italienische Konsul Odonigo einen Propagandavortrag für die faschistische Klassenkampfüberwindung gehalten, der ursprünglich in der Universität stattfinden sollte. Die sozialistischen Studenten haben dies zu verhindern gewünscht und später von dem Verlauf dieser Veranstaltung des „Deutsch-Ausländischen Akademikerklub“ dem großen Führer des italienischen Sozialismus, Genossen Filippo Turati — zu verwechseln mit dem faschistischen Parteisekretär Augusto Turati — in Paris davon berichtet. Turati, der nach seiner abenteuerlichen Flucht nach Korfu trotz seiner 77 Jahre mit ungebrochener Kraft dem Kampf gegen den Faschismus widmet, hat den Breslauer Sozialistischen Studenten mit folgendem Schreiben geantwortet, in dem er sich mit den Volksgemeinschaftstheorien des königlich faschistischen Konsuls auseinandersetzt.

Paris, den 13. Juli 1930.

Liebe Freunde und Genossen!

Als überzeugter Freund größtmöglicher Meinungsfreiheit kann ich Ihnen nur meine Anerkennung dafür ausdrücken, daß Sie sich so entschieden zur Wehr gesetzt haben, als man das Gerücht vom italienischen Faschismus, dieser Ausgeburt von Lüge und Verbrechen, in die Hallen ihrer Universität tragen wollte, deren Bestimmung es doch sein soll, die Stätte erster wissenschaftlicher Auseinandersetzungen zu sein. Die Strafgesehe aller zivilisierten Völker stellen die Verherrlichung eines Verbrechens unter schwere Strafe. Daß eine solche Verherrlichung eines Verbrechens ausgerechnet von einem sogenannten „Generalkonsul“ einer sogenannten faschistischen „Regierung“ Italiens — deren heroischer Charakterzug doch die Regierung aller Meinungs-freiheit ist — begangen werden sollte, läßt das Unterfangen, das Ihre gerechte Empörung hervorrief, um so unerhörter erscheinen. Ich sprach eben von einem sogenannten „Konsul“, einer sogenannten „Regierung“. In der Tat, seit der Wählergreifung durch den Faschismus, die doch nichts anderes war als eine

Blutige Revolte einer bewaffneten Bande,

die Recht, Freiheit, Verfassung mit Füßen trat, gibt es in Italien keine Regierung im üblichen Sinne des Wortes mehr. Denn eine Räuberbande, entstanden nach dem Weltkrieg und in einem Bürgerkrieg, ist keine Regierung. Daß diese Räuberbande dieselbe Sprache wie das von ihr unterdrückte Volk spricht, macht sie nur noch um so häßlicher. Jede Regierung — und mag es die reaktionärste sein — erweist der geschriebenen Verfassung wenigstens ein Minimum von Respekt, läßt dem Volk ein Mindestmaß von unabhängiger Rechtsprechung und schöpft seine Legitimation aus dem Vertrauen eines Parlaments.

Nichts davon existiert im heutigen Italien.

Alle Parteien sind aufgelöst, jeder Versuch einer Neugründung — mag es sich dabei um eine noch so bürgerliche Partei handeln — wird als ein Verbrechen behandelt und von einem Parteitribunal mit Jahrzehnten Kerker bestraft, von einem Tribunal, das sich — wie Mussolini sagt — rühmt, „den verfaulenden Kadaver der Freiheit mit Füßen getreten zu haben.“ Alle Schichten des Volkes werden dort gleichermäßen unterdrückt, ausgenommen die Schicht oder vielmehr die Clique, die Horde, die Bande der Unterdrücker selber. Der Faschismus, geboren aus Terror und Mordmord, lebt von Mordmord und Terror, er kann sich weder politisch noch wirtschaftlich vor der Geschichte rechtfertigen. Eine Räuberbande kann ein Volk überumpeln, kann ein Volk ermatten und verarmt durch einen langen Krieg, knebeln — eine „Regierung“ aber kann sie sich nicht nennen.

Verrat, Terror, Unterdrückung,

Ruinierung der Finanzen, Demütigung und Erniedrigung eines ganzen Volkes — in keiner Sprache der Welt ist so etwas gleichbedeutend mit „regieren.“ Eine solche „Regierung“ ist aber nicht imstande, im Auslande auf völkerrechtlicher Grundlage Vertreter zu unterhalten. Daher entsprechen die sogenannten Botschaften und Konsulate Italiens in keiner Weise dem traditionellen Charakter dieser Einrichtungen. Diese Vertreter eines Landes sollen doch nach

Die rote Jugend kommt!

am Sonntag, dem 27. Juli 1930 nach Bries, um auf den Paulauer Wiesen ihr erstes Jugendzeltlager aufzubauen. Es sind Arbeiterjugend und Mädels, die da ihren eigenen Staat errichten und selbst verwalten. Frühzeitig stellt sich die Jugend Aufgaben, um in späterer Zeit als erwachsene Mensch geschult zu sein für das öffentliche Leben wirken zu können. In aller Öffentlichkeit zeigen die Sozialisten ihre Arbeit, zeigen ihr Gemeinheitsleben, das schon die ersten Ansätze einer sozialistischen Lebensgestaltung in sich trägt. Das wahre sozialistische Leben aber wird erst möglich sein in der neuen aufzubauenden Gesellschaft — dem Sozialismus.

Am Donnerstag werden die ersten Arbeitskolonnen in Funktion treten und alle Einrichtungen schaffen, die notwendig sind, um 200 Menschen zu beherbergen, zu versorgen und zu unterhalten. In drei Tagen muß alles aufgebaut sein, die Küche, die Wascheinrichtung, das Samartierzelt, die Wörts, die Toiletten mit dem 10 Meter hohen Fahnenmast, das Parlamentszelt — der geistige Mittelpunkt des Lagers — und zu guterletzt neben vielen kleinen Dingen das große Tor, durch das die

Kämpfer der ersten roten Jugendrepublik

am Sonntag einziehen werden. Nun wird der weitere Aufbau des Lagers fortgesetzt. Die Jugend errichtet ihre Lagerstätte. Sechzehn Zelte werden die Jungen und Mädels beherbergen. Vier Zelte, mit den Eingängen zueinander gerichtet, bilden ein Dorf. Vier Dörfer wird das Lager umfassen. Jedes Dorf bekommt seinen besonderen Namen. Nachdem der notwendige Aufbau vollzogen ist, sammeln sich alle Bewohner bei der Zeltlagereröffnung, und die erste Jugendrepublik wird ausgerufen.

Die Wahlen zum Parlament

werden jetzt vorgenommen. Jede Zellgemeinschaft wählt zwei Abgeordnete und das Dorf seinen Bürgermeister. Sie alle bilden zusammen mit den Sachbearbeitern und der Lagerleitung das Parlament, welches noch an demselben Tage zusammenzutreten wird. Neben seine Tätigkeit, die dahingehet, das Lagerleben zu bestimmen, werden wir an dieser Stelle laufend berichten.

Am großen Veranstaltung

werden stattfinden, am Dienstag, dem 29. Juli, ein Gabelzug durch Bries und am Donnerstag, dem 31. Juli, eine Kulturele Veranstaltung, welche die jungen und die alten Kämpfer zusammenfassen wird. Jeder beachte in diesen Tagen die Zeitung; hier wird berichtet über

Schlesiens erste rote Jugendrepublik.

internationalem Recht die Aufgabe haben, die großen nationalen Interessen ihres Landes zu vertreten, um das Wohl und Wehe der im Auslande lebenden Volksgenossen sich zu sorgen. Seitdem in Italien jede parlamentarische Tätigkeit unterbunden, jedes Wahlrecht, jede Meinungs- und Redefreiheit unterdrückt worden ist, haben die großen nationalen Interessen Italiens keine Möglichkeit mehr, sich hören zu lassen. Heute haben

Die italienischen Botschafter und Konsulate die Aufgabe,

nicht nur ausschließlich die kleine Gruppe der Faschisten gegen die große Menge der ausgewanderten Italiener zu schützen, sondern darüber hinaus die Pflicht, die Organisationen der Antifaschisten zu beschützen, sie zu verfolgen, ihnen jegliche Papiere zu verweigern, ihre Ausweisung von den Staaten zu verlangen, die ihnen edelmütig Asyl gewähren, ihnen das Leben so schwer wie möglich zu machen. Sie beschützen die Faschisten, lassen ihnen unrechtmäßigerweise die Vorteile ihrer Immunität zugute kommen, schützen die internationalen Intrigen von Vorkriegszeiten, leisten überhaupt jeder Art — man erinnert sich des Falles Menagace — verbretterlicher Unternehmungen Vorschub, die die gesamte Zivilisation und den Weltfrieden gefährden. Sie haben jedes Recht auf die Immunität, die sie einst verloren.

Die „Zusammenarbeit der Klassen“ in Italien, das Gerücht vom „Klassenfrieden“ — das Thema des bewußten Abends — ist in seiner Formulierung schon eine unverkennbare Lüge. Dieser „Klassenfrieden“ in Italien ist doch nichts anderes als eine bewußte Maskierung des heftigsten und schärfsten Kampfes: es ist

der Frieden des Kerkers,

der Deportationsinfern, es ist der Frieden des Kirchhofes.

Nun, um sie fest an jene „Erde der Toten“ zu fesseln, ver sucht der Faschismus die Kinder der Emigranten in ihr Vaterland zu holen, unter dem Vorwand, ihnen kostenlosen Ferienaufenthalt in Italien zu bieten. Es ist eine Schande, daß italienische Emigranten das annehmen, ohne gegen diesen Seelenfang, diese politische Vergewaltigung von Kindern zu protestieren!

Was mich am meisten wundert, ist die Tatsache, daß es in Breslau Studenten gibt, die glanzvoll waren, sich diese widerwärtige Komödie des italienischen Konsuls anzusehen. Ich zweifle nicht an ihrem guten Glauben, ich zweifle überhaupt nicht an der Festheit der Gesinnung der Jugend, ganz gleich, welcher Partei sie angehört. Aber diese Studenten sind falsch unterrichtet.

Gemeinsam müssen wir hier Wandel schaffen.

Bei der gegenwärtigen politischen Situation Europas und der Welt kann ich immerhin noch einen gewissen Nationalismus verstehen und entschuldigen. Unbegreiflich erscheint es mir aber, daß sich dieser Nationalismus gegen das dringendste Interesse der Nation wendet, das er zu vertetzen glaubt.

Es ist heute jedermann bekannt, daß es der Faschismus gemein ist — ein Faschismus zur Prägung des Begriffs, wenn Sie so wollen — der Italien, trotz seiner Bindung an den Dreibund, in den Weltkrieg rief, an die Seite der Entente gegen Deutschland und Österreich. Heute reißt der Faschismus die Jugend in die militärische Organisation der „Ballila“ ein und drückt sie für den Bürger- und Völkerring. Derselbe Faschismus preißt durch den Mund seines Führers, entgegen allem Geist der Einigkeit und des Friedens

„Die erhabene Schönheit der Kanonen und Maschinengewehre.“

Die sogenannte faschistische „Regierung“, die erst vor wenigen Wochen mit Frankreich gegen Deutschland liebäugelte, tut jetzt daselbe mit Deutschland gegen Frankreich; in beiden Fällen antiitalienisch und antieuropäisch (brüht sich der Faschismus nicht damit, das „Antieuropa“ zu vertreiben?). Immer ist er bereit zum Verrat und kennt

nur eine Politik des Bluffs und der Heuchelei.

Damit verfolgt er nur den einen Zweck, sich an der Macht zu halten und seine Herrschaft über das italienische Volk zu befestigen, über jenes Volk, das nur Völkervereinigung und Völkervereinigung will. — Neulich hat der Verlag T. M. Dieck in Berlin das Werk meines geachteten Landsmannes Pietro Kenna, eines früheren Freundes und Mitarbeiters Mussolinis, „Der Todeskampf der Freiheit“ herausgegeben. Empfehlen Sie die Lektüre dieses Buches den philosophischen Studenten Deutschlands. Sie werden in ihm das wahre Gesicht des Faschismus sehen.

Ich schließe diesen Brief mit dem Wunsche, daß

die Idee der Völkervereinigung und des Weltfriedens

weitere Fortschritte machen möge, jene Idee einer besseren Weltordnung, die es allen Völkern ermöglichen sollte, sich zur Freiheit und Brüderlichkeit zu entwickeln. In dieser Stunde, in der man die 150 Opfer der Hausdorfer Katastrophe zu Grabe trägt, fühlen wir Ihren Schmerz, als ob es der unsere wäre. Und wir empfinden auch, um wieviel edler der Gedanke der Solidarität ist, als der kleinliche Streit um nationale Grenzen. Auch Ihre nationalpolitischen Kommissionen werden den Siegeszug dieser Idee nicht aufhalten können. Der Weg zu diesem Ideal führt über die Forderung, den Bonfatti und die Zerstörung jener verbretterischen Lüge, die sich italienischer Faschismus nennt.

Herzlichst Ihr

Filippo Turati.

Schwerer Zusammenstoß

An der Kreuzung Allen- und Anderjessenstraße stießen am Montag früh ein Lastkraftwagen und der Motorradfahrer R. aus Hausdorf, Kreis Neumarkt, zusammen, wobei letzterer durch den Luprall heruntergeschleudert wurde und mit einer Schenkelverletzung und einem Armbruch liegen blieb, sodas er in das Altherkeiligen-Hospital geschafft werden mußte. Sein Sojus kam mit weniger gefährlichen Verletzungen davon.

Unter die Straßenbahn geraten

In der Talschenstraße wollte gestern abend die Kontoristin M. auf den Motorwagen eines fahrenden Straßenbahnwagens der Linie 14 aufspringen, trat aber fehl und geriet so unglücklich unter den Anhänger, daß der Wagen gehoben werden mußte, um die Verunglückte überhaupt befreien zu können. Sie wurde in ein Sanatorium in der Gartenstraße geschafft.

Feriensonderzüge im August

Die Pressstelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Die für den August in Aussicht genommenen Ferien-Sonderzüge nach München, Thüringen, Ostpreußen, nach der Ostsee und nach Köln verkehren bestimmt. Zweifelsfrei ist infolge der bisher geringen Kartenbestellungen, ob für die Nacht vom 1. zum 2. August vorgesehene Zug nach Hamburg-Bremen abgefahren wird. Da hierüber spätestens am 24. Juli entschieden werden muß, werden Interessenten für diesen Zug ersucht, Fahrkarten umgehend zu bestellen.

Breslauer Kinder in der Lübecker Bucht

sind alle wohlhaft. Diese Versicherung können wir nun allen Breslauer Eltern, die ihre Kinder in der Kinderrepublik in der Lübecker Bucht haben, geben. Es liegt keinerlei Grund zur Besorgnis vor. Uns dieser Tage mitgeteilt wurde, sind einige Fälle von Diphtherie vorgekommen, von denen einer bereits tödlich verlaufen ist. Wir haben uns daraufhin sofort mit der Lagerleitung und den maßgebenden Stellen in Verbindung gesetzt, von denen wir jetzt hinreichende Auskunft erhalten haben.

So schreibt uns die Lagerleitung

Die schlesischen Kinder sind alle wohlhaft. Einziges der 500 Kinder ist an eitrigem Hautausschlag erkrankt, den es mit ins Lager gebracht hat. Das Mädel fuhr Sonntag mit einem Helfer, dessen Urlaub abgelaufen ist, aber nach Hause. Erstlich erkrankt ist also nicht ein einziges 500 Kinder. Die Beunruhigung der Eltern über den Diphtherie-Todesfall ist verständlich. Sie dürfen versichert sein, daß alles zum Schutze der Kinder getan worden ist. Außer dem ständigen Lagerarzt hat das Gesundheitsamt in Lübeck ein eingehend über den Gesundheitszustand der Kinder berichtet und die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen gutgeheißen. Das ganze Lager gurgelt dreimal am Tage. Die Kinder, die in den Zelten der erkrankten Kinder geschlafen haben, werden gründlich auf Keimkeime untersucht und zum Zwecke der übrigen Kinder isoliert. Wir hoffen, daß sich alle Sicherheitsmaßnahmen in kurzer Zeit als überflüssig erweisen und daß die Gefahr, die durch die fahrlässige Verletzung eines Danziger Kindes heraufbeschworen wurde, dann völlig überwunden ist. Wir halten für unsere Pflicht, den Eltern über die Vorgänge im Lager volle Wahrheit zu sagen. Wir dürfen deshalb erwarten, daß unsere Mitteilungen so liebt, wie sie gelesen werden müssen, nicht alles Mögliche und Unmögliche in sie hineingeheimnist sind. Sie dürfen uns glauben, daß wir uns der großen Verantwortung für mehr als 2000 Kinder voll bewußt sind und daß wir uns um unsern Bemühen, die Eltern über die tatsächlichen Vorgänge unterrichten, unterstützen würden, wären wir Ihnen sehr dankbar.

Zur Erforschung der Ursachen der Erkrankungen ist eine Kommission nach Lübeck gereist, die aus dem Diphtherie-Experten Dr. Menl vom Reichsgesundheitsamt, dem sozialdemokratischen Mitglied des Reichsgesundheitsrates Genossen Wolfes und dem sozialdemokratischen Neutöllner Stadtrat Genossen Dr. Löwentz besteht. Aus der großen Anzahl von Zuschriften der Kinder und Eltern werden wir morgen einen Teil hier veröffentlichen.

Auch aus der Kinderrepublik Kärnten

uns folgender Gruß zu: Die Breslauer roten Falken in der Kinderrepublik Kärnten an allen ihren Eltern sagen, daß es ihnen gut geht, und an allen Genossen herzliche Freundschaftsgrüße.

Eine Anfrage an das Arbeitsamt

Wegen Auswahl der Arbeiter bei der Lohnregulierung. Eine große Anzahl von Arbeitern wird bei der Lohnregulierung verwendet und manch Arbeitsloser ist nun froh, „Streifen Arbeit“ auf einige Zeit erhalten zu haben. Aber die Auswahl der Arbeiter gerade so erfolgen, daß man sie in entferntesten Gegenden schickt, ohne daß ein triftiger Grund vorhanden ist. So liegen uns eine Reihe von Beschwerden kärntner Arbeiter vor, von denen man verlangt — abgesehen von Rad fahren — daß sie bis nach Wasterwitz und Arnoldsbagen sollen. Die gleiche Arbeit wird aber auch in der Nähe von Klattenbof verrichtet, so daß es ein leichtes wäre, die Arbeiter miteinander auszutauschen. Man kann schon deshalb Arbeitern nicht diesen langen Weg zumuten, weil die Arbeit bereits um vier Uhr morgens beginnt und eine Ueberanstrengungsmöglichkeit schon des niedrigen Lohnes wegen nicht in Betracht kommt. Abhilfe ist dringend geboten. Es ist nicht notwendig, daß an die Arbeiter auch in der sechsten Arbeitszeit derartige Zumutungen gestellt werden.

Bedrohte Kleingärten

Der Magistrat und die Kleingärtner an der Verbeerbauerei

Im Jahre 1921 besaßen eine große Anzahl von Kleingärtnern, vertreten von anderer Seite, das Gelände an der Verbeerbauerei. Der Verein „Zur Vöge“ bediente im Jahre 1925...

Die Gelände sind vollständig ohne jede finanzielle Hilfe aus eigenen Mitteln und unter mancherlei Entbehrungen von den zu 80 Prozent minderbemittelten Schrebergärtnern hergestellt worden.

Etwa 25 Prozent der Kleingärtner sind arbeitslos. Sie verschulden ihre schwere wirtschaftliche Lage durch intensive Bewirtschaftung ihrer Gärten etwas zu erleichtern.

Teht erfahren wir, daß der Magistrat das Gelände zu Bauzwecken verkaufen will bzw. schon in Verkaufsverhandlungen steht. Wir fragen daher den Magistrat:

„Ist der Magistrat willens, eine derartige Anlage, die einen so hohen kulturellen und materiellen Wert besitzt, mit einem Schläge zu vernichten und die Kleingärtner von ihrer Scholle zu vertreiben?“

Denn es muß erwähnt werden, daß infolge der heutigen Wirtschaftslage eine nochmalige Umsiedlung und Neuanlage aus finanziellen Gründen den meisten Kleingärtnern nicht mehr möglich sein dürfte.

Ferner möchten wir bemerken, daß man Sportplätze in der nächsten Umgebung der Stadt errichtet, die mehr nach außerhalb der Stadt verlegt werden könnten, da der einzelne Sportsmann besser einen weiten Weg zurücklegen kann, als der ältere Schrebergärtner mit mehreren Kindern.

Wir fordern daher, daß von diesem Naturvergehen — als solches kann man es wohl bezeichnen — Abstand genommen wird, und daß man uns auf den oben angeführten Gründen unsere Gärten erhalten bleiben.

Die Kleingärtnervereine „Eintracht II, „Zepelin“ und „Zur Vöge“.

Der Schandfleck am Kasallenplatz verschwindet

Seit Jahren lenken die Giebelstümpfe der Wohnhäuser Karlstraße 23 und Stedentabenschle 16, durch ihren jammervollen Zustand die Aufmerksamkeit aller den Kasallenplatz passierenden Personen auf sich und die Meinung aller, namentlich der vielen Fremden, die bereits in diesem Sommer anlässlich der vielen Tagungen unsere Stadt besuchten, war die, daß es für eine Großstadt wie Breslau unanständig sei, diese Verschandelung eines stark frequentierten Platzes in ihrem Stadtbildern, nicht zu beseitigen.

Vorsicht bei Genuß von Speiseeis

Will man sich vor Erkrankungen schützen

Dem Antikörpern des Speiseeis wird von dem Landesgesundheitsamt für hygienische Volksbelehrung folgendes geschrieben:

Vor einigen Wochen kamen in Deilmold, Salzungen und Wolfersbüttel Erkrankungen nach Genuß von Speiseeis zur Beobachtung. Derartige Fälle treten in heißen Sommern, in denen viel Eis verzehrt wird, öfters auf. Es handelt sich dabei meist um jene, als Paratyphus bezeichneten Magen-Darmerkrankungen, die vom sogenannten Paratyphus-Bazillus hervorgerufen werden und in ihrem Verlaufe Ähnlichkeit mit echten Typhuserkrankungen aufweisen.

Daß der „Eismann auf der Straße“ in der großen Mehrzahl der Fälle mit derselben persönlichen Sauberkeit arbeitet und kein Eis in ebenso gesundheitlich einwandfreier und zuverlässiger Weise herstellt, wie der Konditor, ist selbstverständlich und soll auch von uns keinesfalls bestritten werden.

* Silberhochzeit feierte Genosse August Dietrich und Frau, Herzstraße, Unterwands-Häuserblock 13. Beide sind viele Jahre Mitglied der Partei, sowie Leiter der „Volkswacht“.

* Morgenfeiern beim Gewerkschafts-Jugendtreffen. Die Revue im Sternhof des Lunapark wurde nicht von der Spieltheater der Arbeiterjugend, sondern der J.B.V.-Jugend gespielt.

* Von Hülten angefahren. Als gestern nachmittags ein Fuhrwerk aus Hülten kommend die Karl-Marx-Straße entlangfuhr, wurde es von einem in gleicher Richtung fahrenden Taxikabrio von hinten angefahren, wobei das Pferd zu Boden geschleudert und so erheblich verletzt wurde, daß es abgetötet werden mußte.

Arbeiter-Turn- und Sportfest

Platzkonzerte der Bundespielleute auf den Stellplätzen

Über 250 Bundespielleute werden während der Tage des 3. Schlesischen Arbeiter-Turn- und Sportfestes in Breslau weilen. Sie werden am Sonntag morgen, 8 Uhr, auf folgenden Stellplätzen Platzkonzerte veranstalten: Waterlooplatz, Webersplatz, Dierant, Gräbichener Straße, Striegauer Platz, Brausbad, Reich-Adler, Gewerkschaftshaus.

Tages- und Dauerkarten

Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf 50 Pf. Vorverkaufsstellen: Sportplatz Schließen, Friedrich-Wilhelm-Straße 47, Fahrradhaus Friedrich auf, Nikolaitraße 79, Volkswachtbuchhandlungen Graupenstraße 5 und Kurstraße 4, Gewerkschaftshaus-Restaurant, Ullrich-Fahrradhaus, Feldstraße 24, Zigarrenhaus Julius Hübner, Mathiasstraße 100, sämtliche Läden des Konsumvereins „Vorwärts“, bei allen Zeitungsträgerinnen der „Volkswacht“ und bei allen Arbeiterportieren.

Auch die Roten Falken wollen beim

3. Schlesischen Arbeiter-Turn- und Sportfest dabei sein!

Wie wir schon erfahren, hat die Leitung der Roten Falken mitgeteilt, daß ihre Mitglieder sich in den Tagen des Arbeiter-Sportfestes dem Wirtschaftsausschuß zur Verfügung stellen. Ihre besonders dankenswerte Aufgabe wird vor allem in der Wasser-versorgung auf den Festzugstragen bestehen.

Arbeiter-Sport

3. Schlesisches Arbeiter-Turn- und Sportfest 1930 in Breslau

Standquartiere

- 1. Bezirk: Obertor, bei Wiczorek, Bartischstraße 6
2. Bezirk: Ohlauer Tor, bei Grölich, Köpferstraße, Ede Marktstraße
3. Bezirk: Tschansch, bei Ullmann, Diener Straße 74
4. Bezirk: Gräbichener, bei Köpfer, Zepelinstraße 13
5. Bezirk: Tschansch, bei Ullmann, Diener Straße 74
6. Bezirk: Weiten, bei Köpfer, Frankfurter Straße 72
7. Bezirk: Strehlener Tor, bei Fiedler, Bohrauer Straße 56
8. Bezirk: Innere Stadt, Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17
9. Bezirk: Weiten, bei Köpfer, Frankfurter Straße 72
10. Bezirk: Wasserportler, Zimpel, Friedrich-Ebert-Schule
Außerdem in Oswitz der Bürgergarten.

Stellplätze

11.30 Uhr: Abmarsch der einzelnen Züge von den Stellplätzen zum Hauptstellplatz am Hauptplatz, Webersplatz — Dierant, Gräbichener Straße, Ede Hohenzellernstraße — Waterlooplatz — Striegauer Platz — Friedrich-Ebert-Schule, Zimpel.

Festzugstragen

12.30 Uhr: Abmarsch des Festzuges vom Hauptplatz — Friedrich-Wilhelm-Straße, Königsplatz, Neuhofstraße, Blücherplatz, Junfermannstraße, Christlobenitzplatz, Ohlauer Straße, Klosterstraße, Mauriliusplatz, Margaretenstraße, Freiheitsbrücke, Kaiserstraße, Tiergartenstraße, Passstraße, Friedrich-Ebert-Straße, Stadion.

Hauptproben im Stadion

Mittwoch, 23. Juli. Alle Vereine nehmen daran vollständig teil. Beachtet! Nichts in der zeitigen Sportbeilage.

Wichtiges Sturmruddel! Zur Generalprobe im Stadion bringen wir unsere Festkostüme mit.

Büdo Luxus

das altbewährte

Freie Turnerschaft Breslau e. B.

Geräteturnen

Alle Vierdspringer Männerturner treffen sich Freitag, den 25. Juli um 20 Uhr in der Wiener Turnhalle.

Stellplätze zum Festzug wie folgt

- Ohlauer Tor: 1. 6. 9. Turnerinnen. 2. 6. mit Kavelle und 8. Männer-Abteilung. Stellplatz Brodauer Turnhalle. Abmarsch 11 Uhr. Leitung: (nosser Krut und Lehmann.
Obertor, Scheinzig, Zimpel, Oswitz: 3. 8. 11. Turnerinnen. 5. 10. 11. 12. Männer-Abteilung. Stellplatz Waterlooplatz. Die 8. Turnerinnen. 10. und 12. Männer-Abteilung. Treffpunkt 10 Uhr Turnhalle Hörterstraße, Abmarsch zum Stellplatz 10.30 Uhr. Leitung: Genossen Kuboff, Hofel und Kleinert, Oswitz, Abmarsch 11 Uhr.

Stellplätze: 2. Turnerinnen- und 4. Männer-Abteilung. Stellplatz: 50m - Ede Gräbichener Straße. Abmarsch 11 Uhr. Leitung: Genossen Schneider und Bischof.

Nikolaitor: 4. 5. 7. Turnerinnen und 1. 7. mit Kavelle und 9. Männer-Abteilung. Stellplatz Striegauer Platz. Abmarsch 12 Uhr. Leitung: Genossen Böhm, Baud, Schwab, Mar.

Ordnung und Disziplin ist Bedingung. Fahnen nicht vergessen. Teilnahme am Festzug ist Pflicht.

5. Männer-Abteilung. Die Tagesvorverkaufs-Karten und Festabzeichen zu 1.50 Mark bei Haase, Volkswachtstraße 5, Ullrichen der Jugend und Gewerkschaften zu 0.80 bei Reichert, Elbingstr. 6. Dienstag, Klubhalle, Mittwoch, Generalprobe im Stadion. Abrechnungen höchstens Sonnabend Standquartier.

Lehrer-Berlin Die Kameraden. 22. 7. Spielgruppe Fortschritt. 23. 7. Festsportler. Wegen Krankheit des Genossen Schwarz, Anmeldungen fürs „Breslauer Haus“ an Kurt Behold, Altmühlstraße 31, bei Wenzler.

Wasserport

Freie Kanu- und Freie Kanuvereinsung. Mittwoch alles nach dem Stadion.

Freie Schwimmverein Breslau e. B. Wasserballspieler der 2. Nord-Mannschaft bitte bald an Genossen Kretschmer abgeben. — Morgen abends 19 Uhr im Stadion Generalprobe zum Festspiel. Alles muß pünktlich erscheinen. Jeder bringe sich eine lange Schwärze oder dunkelblaue Hose mit. (Trainingshose.) Gleichfalls Turn- oder Ballenschuhe. Die Leichtathleten üben nach ihrem Training gleichfalls mit.

Athletik

Arbeiter-Tischtennis-Verein Breslau 1911. Mitgliederversammlung am 2. August 20 Uhr Vereinslokal.

Gewerkschaftliches

Von Jungenau in der Grasschiff-Glocke, Ostlich gelegen, mit harten Kollern (Kollern) und mit einem sehr guten Mast, bekannt durch seine vorzüglichen Leistungen bei Kreuzen und Segeln, Rheuma, Gicht, Nerven- und Frauenkrankheiten, ab 1. August bis 30. November wieder Segelreise. Mitfahrgelegenheit zu einem Pauschalpreis, in welchem sämtliche Kosten (Kollern, Kollern, Kollern) und der Preis eines jeden Kollern (Kollern) bis zur Dauer von 4 Wochen 24 Mk. Es empfiehlt sich rechtzeitig Meldung bei der Kurverwaltung, da die Nachfrage nach diesen besonders billigen Kollern sehr groß ist. Prospekt kostenlos durch die Kurverwaltung.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Ordnung: Partei-Ordnung, Zimmer 182-170, Gewerkschaftshaus, Telefon Nummern 300 60-300 61, Wilschauer außer Sonnabend von 8-1 und 4-1 Uhr.

Der mittelschlesische, sozialistische Frauentag ist eingereicht in den Wahlkampf!

Schönabend, den 2. Juli, 18 Uhr, findet in der Schule, Herrensstraße 2, eine Sitzung des Ordnungsausschusses.

Sozialistische Studentenschaft. Da Genosse Ullrich auch Donnerstag bei uns nicht sprechen kann, anlässlich der in diesem Tage, 20 Uhr, in der Cecilia-Schule, Tschansch, einen Aussprache-Abend zur politischen Lage. Dazu spricht u. a. Genosse Ullrich. Unsere Mitglieder müssen pünktlich erscheinen. Gäste willkommen.

Sozialistische Arbeiterjugend. Festtagerversammlung. Heute alles um 20 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kote Hallen 3. Mittwoch, 19 Uhr, Spielwiese. Alle Festtagerversammlung, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Donnerstag, 20 Uhr, Benderschule, Kampffeldstr. 2, abends. Heute 4, Kote Hallen 4. Heute alles zur Festtagerversammlung, Gewerkschaftshaus.

Von den Arbeiterinnenfreunden. Abteilung 3 (Obertor). Alle Restfallen der Gruppen 1 bis 4 treffen heute, Dienstag, 17 Uhr, in der Cecilia-Schule zu Spiel und Tanz.

Freiwerkschaftliches Jugendballet. G.S.V. Breslau-Deutsches. Heute, 20 Uhr, in der Schule, Heimabend. Ziele und Aufgaben.

Freiwerkschaftliches Jugendballet. Jungvolk vom Bau. Mittwoch, ab 20 Uhr, im Heim, Gewerkschaftshaus.

Freiwerkschaftliches Jugendballet. Arbeiterjugend. Wir gehen heute auf Umkleeklosets. Treffpunkt, Gewerkschaftshaus, 19.30 Uhr.

Freiwerkschaftliches Jugendballet. Arbeiterjugend. Mittwoch im Heim, Gewerkschaftshaus, ab 20 Uhr, in die Zeit! (Willy Wagner.)

Freiwerkschaftliches Jugendballet. Jugendballet. Heute im Heim, Gewerkschaftshaus, ab 19 Uhr, in die Zeit!

Freiwerkschaftliches Jugendballet. J.B.V.-Jugendgruppe. Heute, 20 Uhr, Heim 1, Tschanschstraße 20/21, ab 19 Uhr, in die Zeit!

Freiwerkschaftliches Jugendballet. Band der Freideutscher Jugend. Heute, 20 Uhr, spricht im Heim, Grünstraße 14/16, Genosse Ullrich über: „Die Rolle der Gewerkschaften im Klassenkampf“. Gäste willkommen.

Freiwerkschaftliches Jugendballet. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ortsverein. Dienstag, 20. Juli, 20.30 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses außerordentliche Mitgliederversammlung. Geschäftsleiter: Kameraden, sorgt dafür, daß die Sammellisten alle Umfahrlisten werden.

Freiwerkschaftliches Jugendballet. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ortsverein. Dienstag, 20. Juli, 20.30 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses außerordentliche Mitgliederversammlung. Geschäftsleiter: Kameraden, sorgt dafür, daß die Sammellisten alle Umfahrlisten werden.

Freiwerkschaftliches Jugendballet. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ortsverein. Dienstag, 20. Juli, 20.30 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses außerordentliche Mitgliederversammlung. Geschäftsleiter: Kameraden, sorgt dafür, daß die Sammellisten alle Umfahrlisten werden.

Bereinskalender

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Breslau. Gruppe der Arbeiter. Mittwoch, 23. Juli, 19.30 Uhr, findet im Heim des Gewerkschaftshauses unsere Jahrgruppen-Monatsversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch mit sich führen. Die Jahrgruppenleiter.

Die Oper ist gerettet

wenn jeder Einzelne sie erhalten hilft und abonniert.

Neu-Breslau

Deutsches. Wegen Umpflasterung der Marienstraße in Breslau-Deutsches bis zur Bahnhofstraße verkehrt der nach Deutsches fahrende Omnibus von Mittwoch, den 23. Juli, ab nur zur Marienstraße in Deutsches. Die Abfahrtszeiten Marienstraße sind: Werktagen: von 6.02 bis 12.02 Uhr 60 Minuten Wagenfolge, von 13.02 bis 21.02 Uhr 30 Minuten Wagenfolge, von 21.02 bis 23.02 Uhr 60 Minuten Wagenfolge, ferner 23.52 Uhr. Sonntags: 6.37 Uhr bis 9.57 Uhr mit 50 Minuten Wagenfolge, von 9.57 bis 22.52 Uhr mit 25 Minuten Wagenfolge, ferner 23.22 Uhr und 0.22 Uhr. An den Abfahrtszeiten ab Flughafen sind sich nichts.

Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Kricke (Nachdruck, auch mit Quellenangabe verboten.)

Sinter einer kräftigen Störungsfrent 37 A, die heute morgen über unseren Ort vorüberzieht, folgen markante Kaltluftmassen. Sie werden bei ihrem Einbruch in den Gabelwind zur Auslösung einzelner Gewitterartiger Regenfälle sowie Temperaturrückgang führen.

Wahrscheinlich das stärkste Hochland, bis tiefen Mittel- und hohen Breiten der Höhe, nach Gemitteln über gemittelteren Höhen nach West drohend, kurz aufsteigender Wind, Abkühlung.

Sonnenaufgang 4,05 Uhr; Sonnenuntergang: 20,06 Uhr.

Wasserstand

Table with 2 columns: Station (Kathar., Rellie (Stadt), Neuland (Hof-Vogel), Bieg (Kathar.), Treiden) and Water Level (22.7, 21.7, 0.80, 0.75, 0.74, 0.68, 1.48, 1.42, 1.52, 1.50, 1.06, 1.04). Includes 'Wasserwärme - 19°'.

Bank

Bank der Arbeiter, Angestellten - Beamten A.G. FILIALE BRESLAU.

Werbt ständig für unsere Zeitung

27. Generalversammlung der Bergarbeiter Deutschlands

1. Verhandlungstag

Kollege Nufemann spricht über die Arbeit des Verbandes - Gesunde Finanzlage des Verbandes - Die Bergarbeiter des Saargebietes gegen jede Verschacherung der Gruben ihrer Heimat - Bedeutungslose Vorstöße der „revolutionären Opposition“

Nach 9 Uhr begannen am Montag vormittag im Saal des Gewerkschaftshauses die sachlichen Verhandlungen der 27. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Zunächst brachte Kollege Schmidt-Buchum als Verhandlungsleiter einige Begrüßungs-Telegramme zur Verlesung, die von Schülern der Wirtschaftsschule in Düsseldorf, von mehreren Arbeitern aus verschiedenen Bezirken und vom Oberbergamt Breslau eingelaufen waren. Dann ging die Versammlung an die Beratung des dritten Tagesordnungspunktes:

Geschäftsberichte für die Jahre 1928 und 1929

Dem Bericht der Verwaltung erstattete der Verbandspräsident Kollege Fritz Nufemann-Buchum. Er führte ungefähr folgende aus:

Wie weit es einer Gewerkschaft gelingt, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen, ist eine Frage der Machtverhältnisse. Die Kampfkraft einer Gewerkschaft wird bestimmt durch die zahlenmäßige Stärke, von ihren finanziellen Mitteln, von der Hingabe der Disziplin und dem Opfermut der einzelnen Mitglieder an die Idee des Berufsverbandes, der Umsicht und Tatkraft der Leitung und nicht zuletzt von den Verhältnissen, die nach gewerkschaftlichem Willen zu formen der gewerkschaftlichen Machtbereichs liegt.

Soweit die zahlenmäßige Stärke des Bergbauarbeiterverbandes in Frage kommt, ist festzustellen, daß im Laufe des 1. Quartals 1928 bis zum gleichen Zeitpunkt des Jahres 1930 der Mitgliederbestand um etwa 2 Prozent zurückgegangen ist. Während der Berichtsperiode sind erhebliche Schwankungen in der Mitgliederzahl zu verzeichnen gewesen.

Der Hauptgrund des zahlenmäßigen Rückganges dürfte die schlechten Wirtschaftskonditionen zu suchen sein, die seit Jahresbeginn 1930 mit großer Heftigkeit und Selbstlosigkeit über den Bergbau hereingebrochen ist.

Es zeigt sowohl das Auf und Nieder der Produktion, als auch die starke Veränderung in der Belegschaftsbewegung. Allein in diesem Jahre wurden an der Ruhr 1000, in Oberschlesien über 12000, in Niederschlesien fast 20000 in Sachsen fast 3000 Arbeiter abgebaut. Dazu kommt noch die Fülle von Feiertagen, durch die allein im Bergbau ein Lohnausfall von 43,2 Mill. Mark und in Oberschlesien ein solcher von 5,6 Mill. Mark verursacht worden ist.

Au der Ruhr allein dürfte der Kraftstoffmangel durch Belegschaftsabbau und Feiertagen etwa 50 bis 65 Millionen Mark ausmachen.

Im Saargebiet herrscht verhältnismäßig gute Konjunktur. Über die Belegschaftsziffer ist auch dort, trotz Verteilung zurückgegangen. Die Verhältnisse im Braunkohlenbergbau liegen analog denen in der Steinkohle, während im Kalibergbau befriedigende Verhältnisse herrschen. Der Erzbergbau hat nach wie vor mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Aufpreiskurs stand während des ganzen vergangenen Jahres außerordentlich hoch und ermöglichte es auch der Mansfelder, beträchtliche Reserven anzusammeln, so daß die Belangen der Mansfelder, nach einem 15proz. Lohnabbau als Folge des Preisrückganges ungerechtfertigt

Die Bergarbeiterchaft nahm den Bestrebungen der Mansfelder-Direktion gegenüber den Kampf auf, der über sieben Jahre dauerte und mit großer Zähigkeit geführt wurde. Leider infolge der absolut ablehnenden Haltung der Mansfelder Grubenverwaltung der Kampf um den Erfolg, den die Bergarbeiter erhofften.

Kilenzzeiten erschweren gewerkschaftliches Arbeiten, wenn im Bericht der Arbeitgeberverbände eine gegenätzliche Auffassung vertreten ist. Die Arbeitgeberpropaganda zielt heute auf ab, der Öffentlichkeit zu suggerieren, daß die Gewerkschaften im sozialen Ringen die grundtätigsten Stärkeren seien. Zweck dieses Wandels in der Arbeitgeberpropaganda ist, Staat und Öffentlichkeit zu veranlassen, ihre Sympathien nicht der Gewerkschaftsseite zuzuwenden.

Die Aufgabe der uns freundlich gesinnten Presse, in unserem Sinne zu wirken. Leider finden die freien Gewerkschaften bei Auseinandersetzungen fast nur die Unterstützung der sozialdemokratischen Presse.

Gegenüber einigen Anträgen, die ihr Mißfallen darüber äußerten, daß das Verbandsorgan bei der letzten Reichstagswahl zur Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels aufzuredet hatte, erklärte Kollege Nufemann, daß der Verband als seine Pflicht betrachte, da die Zusammenlegung des Elements auf das Arbeiterchickel von großem Einfluß ist und die Sozialdemokratische Partei als dessen wirkliche Freundin anzusehen sei. Bei den kommenden Wahlen wird es die Pflicht aller unserer Mitglieder sein, sich nur für die SPD. zu engagieren. Eine Unterstützung der kommunistischen Partei kommt anderen Kollegen überhaupt nicht in Frage.

Zur Mitgliederüber des Saargebietes legte der Referent dar, daß die Bergarbeiter die Verhandlungen um die vorzeitige Abgabe des Saargebietes begrüßen, aber niemals auf die Forderung der Franzosen, die Saargebiete dem Besitz des preussischen Reiches teilweise zu entwenden, eingehen werden. Die Franzosen darauf bestehen, dann ist es besser, wir den Wahltermin ab, der für die Verhandlungen der Franzosen des Saargebietes eine vernünftige Niederlage sein wird. Die Bergarbeiter des Saarlandes sind und werden Freunde der Verständigung mit Frankreich, aber in dem Punkt gibt es für uns kein Nachgeben.

Die Rationalisierung hat während der letzten zwei Jahre überall gewaltige Fortschritte gemacht. Im Jahresbericht 1929 förderte ein Arbeiter in einer Schicht an der Ruhr 25 Prozent, im Aachener Revier 24 Prozent, in Oberschlesien 21 Prozent und in Niederschlesien 27 Prozent mehr als im Vorjahresjahr. Im Jahre 1930 hat sich diese Bewegung ebenfalls im Braunkohlenbergbau und in den Gruben fortgesetzt.

Die Rationalisierung hat während der letzten zwei Jahre überall gewaltige Fortschritte gemacht. Im Jahresbericht 1929 förderte ein Arbeiter in einer Schicht an der Ruhr 25 Prozent, im Aachener Revier 24 Prozent, in Oberschlesien 21 Prozent und in Niederschlesien 27 Prozent mehr als im Vorjahresjahr. Im Jahre 1930 hat sich diese Bewegung ebenfalls im Braunkohlenbergbau und in den Gruben fortgesetzt.

Die Rationalisierung hat während der letzten zwei Jahre überall gewaltige Fortschritte gemacht. Im Jahresbericht 1929 förderte ein Arbeiter in einer Schicht an der Ruhr 25 Prozent, im Aachener Revier 24 Prozent, in Oberschlesien 21 Prozent und in Niederschlesien 27 Prozent mehr als im Vorjahresjahr. Im Jahre 1930 hat sich diese Bewegung ebenfalls im Braunkohlenbergbau und in den Gruben fortgesetzt.

Die Rationalisierung hat während der letzten zwei Jahre überall gewaltige Fortschritte gemacht. Im Jahresbericht 1929 förderte ein Arbeiter in einer Schicht an der Ruhr 25 Prozent, im Aachener Revier 24 Prozent, in Oberschlesien 21 Prozent und in Niederschlesien 27 Prozent mehr als im Vorjahresjahr. Im Jahre 1930 hat sich diese Bewegung ebenfalls im Braunkohlenbergbau und in den Gruben fortgesetzt.

Die Rationalisierung hat während der letzten zwei Jahre überall gewaltige Fortschritte gemacht. Im Jahresbericht 1929 förderte ein Arbeiter in einer Schicht an der Ruhr 25 Prozent, im Aachener Revier 24 Prozent, in Oberschlesien 21 Prozent und in Niederschlesien 27 Prozent mehr als im Vorjahresjahr. Im Jahre 1930 hat sich diese Bewegung ebenfalls im Braunkohlenbergbau und in den Gruben fortgesetzt.

heiten zu erweitern. Wie stark die Arbeitslosenversicherung umfaßt sei, zeigt die Tatsache, daß das Kabinett Müller-Franken darüber auseinanderfiel. Die Anwartschaftsversicherung hatte unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden. Als Fortschritt ist zu buchen, daß das Reich sich mit Zuschüssen daran beteiligt.

Der Kampf gegen die Sozialpolitik, der augenblicklich im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens steht, erfordert alle Kräfte zu erfolgreicher Gegenwehr.

Die Zahl der während der letzten beiden Jahre zu führenden Lohnbewegungen verminderte sich von 79 im Jahre 1928 auf 69 im Jahre 1929; aber die Zahl der von diesen erfaßten Arbeiter stieg von rund 4 Millionen auf über 854 000.

Von den 148 Lohnbewegungen während der letzten beiden Jahre wurden 136 oder 92 Prozent mit Erfolg abgeschlossen.

Da rund 66 Prozent aller Bewegungen durch freie Vereinbarung und 13 Prozent durch freiwillige Vereinbarung nach erfolgtem Schiedsspruch beendet wurden, ist die Behauptung, das Schlichtungswesen stärke die Verantwortungslosigkeit der Tarifparteien, als grundlos zu betrachten. Von den 31 Fällen (21 Prozent aller Bewegungen), die durch Verbindlichkeitsklärung beendet werden mußten, wurde diese zu 58 Prozent auf Antrag der Gewerkschaften, zu 23 Prozent auf Antrag der Unternehmer und nur zu 19 Prozent im öffentlichen Interesse ausgesprochen. Hieraus geht hervor, daß das Schlichtungswesen während der letzten Jahre in den Händen der Gewerkschaften eine erfolgreiche Waffe zur Verbesserung der Lebenshaltung war.

Der Lohn ist in allen Revieren und in allen Bergbauarten gestiegen, und zwar prozentual stärker als die Teuerung, so daß auch durchweg leichte Reallohnsteigerungen zu verzeichnen sind. Zurzeit aber befinden wir uns in der Defensive, weshalb auf die Abwehr von geplanten Verschlechterungen alle Kräfte zu konzentrieren sind. Bestrebungen der Unternehmer auf Verschlechterungen konnten durchweg mit Erfolg abgewehrt werden.

Des längeren verbreitete sich der Referent über die Wandlungen auf dem Gebiet des Rechtsschutzes. Er unterzog die Rechtspflege des Reichsarbeitsgerichts und verschiedener Landesarbeitsgerichte einer eingehenden Kritik und erläuterte die dort zutage tretenden Tendenzen an einer Fülle von Einzelbeispielen.

Die Betriebsräte wahlen zeigten durchweg eine hohe Wahlbeteiligung. Im letzten Jahre noch betrug diese über 54 Prozent, das beweist, daß der Gedanke des Betriebsrats in der Arbeiterchaft seit Wurzel geschlagen hat.

Die anteilmäßige Beteiligung freigewerkschaftlicher Vertreter an der Gesamtstimmzahl ging von 74 Prozent im Jahre 1928 auf 66 Prozent im Jahre 1929 und auf 52 Prozent im Jahre 1930 zurück. Der Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß die kommunistische Partei in Verbindung mit den Inorganisierten in verstärkter Weise eigene Listen einreichte. Da es die gewerkschaftliche Tradition und Disziplin erfordert, daß die Gemeinschaft zur Organisation über die Gemeinshaft mit Inorganisierten und Gelben gestellt wird, wurden die Mitglieder, die das kommunistische Treiben mitmachten, ausgeschlossen. Eine Vielzahl dater, die dem kommunistischen Treiben zum Opfer fielen, hat später ihr Vorgehen bereut.

Die kommunistische Agitation, die mit den verwerflichsten Mitteln arbeitet, ist der größte Hemmschuh für den gewerkschaftlichen und damit auch für den sozialen Aufstieg der Bergarbeiterchaft.

Dem kann nur entgegengetrieben werden durch eine Stärkung des Vertrauens zur Leitung, das hauptsächlich von innen her erobert werden muß. Die Schulungskurse des Verbandes sollen auch in diesem Sinne wirken. Während der letzten Jahre gingen rund 3000 Funktionäre durch die Wochenkurse des Verbandes, wo ihnen eine gründliche gewerkschaftliche Schulung vermittelt werden konnte.

Während der letzten Jahre konnte der Verband einen Zuwachs von mehr als 3000 Jugendlichen buchen. Dieser Erfolg ist erfreulich, da es eine schwierige Aufgabe ist, die Jugend für nützlichere Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen. Viele Jugendliche werden leider in den Sportvereinen eingelenkt.

Die augenblicklichen Zeiten sind besonders schwer. Aber wenn die durch Arbeitslosigkeit und Feiertagen erzwungene Freizeit zur Werbetätigkeit für den Verband ausgenutzt wird, dann wird es auch jetzt und künftig mit der Organisation vorwärts gehen.

Kollege Bittner-Buchum gab den Bericht über die

Finanzwirtschaft des Verbandes in den Jahren 1928 und 1929

Die Gesamteinnahmen aus Mitgliederbeiträgen betrugen in den beiden letzten Jahren 11,7 Millionen Mark. Trotz des geringen Mitgliederverlustes ist im Vergleich zu der vorhergehenden Berichtsperiode

eine Steigerung der Einnahmen um 2,7 Millionen Mark zu verzeichnen. Die übrigen Einnahmen aus Eintrittsgeldern, Ertragsbeiträgen, Zinsen und Aufwertungen betragen rund 1,3 Millionen Mark.

Auf der Ausgaben Seite steht die Vergütung für die Ortsverwaltungen und Bezirke in Höhe von 3,6 Millionen Mark - rund 31 Prozent der Beitragseinnahme - an erster Stelle. Die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung betrugen in der Berichtszeit 2,6 Millionen Mark. Für Streik- und Gemahregelten-Unterstützung wurden rund 436 000 Mark, für Sterbegeld 211 000 Mark verausgabt.

Die Rechtschutzerziehung erforderte einen Gesamtaufwand von 85 000 Mark. Die Herstellung der Zeitungen und sonstiger Drucksachen erforderte 944 000 Mark, die Durchführung der Bildungsarbeit 326 000 Mark. Die Ausgaben für Generalversammlungen und Konferenzen begiffen sich auf 218 000 Mark, für Agitation und Versammlungen auf 119 000 Mark. Für persönliche Verwaltungszwecke wurden insgesamt 353 000 Mark verwandt, wobei zu beachten ist, daß der Verband seinerzeit 148 männliche und 84 weibliche Angestellte aufzuweisen hat. Die Ausgaben für die persönlichen Verwaltungskosten in der Hauptverwaltung des Verbandes betragen 2,73 Prozent der Beitragseinnahmen. Die Unternehmerpresse behauptet gern, daß unser Verband 50 Prozent seiner gesamten Einnahmen für Verwaltungszwecke ausbebe. Das ist eine Verleumdung, denn die Aufwendungen für die Ortsverwaltungen und Bezirke können nicht zu den Verwaltungskosten gerechnet werden.

Die Ausgaben für Bundesbeiträge, internationale Beiträge, Verwaltungskosten sächlicher Art, Versicherungsbeiträge zur Unterstützungsvereinigung betragen rund 488 000 Mark, die sonstigen Ausgaben 282 000 Mark. Die Rücklagen in der Berichtszeit betragen 3,4 Millionen Mark, jedoch der Vermögensbestand der Hauptkasse am Jahreschluss 8,9 Millionen Mark aufzuweisen hatte. Einschließlich der Vermögen in den Bezirks- und Ortskassen betrug der

Vermögensbestand 9,8 Millionen Mark.

Schließlich richtete Kollege Bittner noch einen Appell an die anwesenden Delegierten, dafür zu sorgen, daß vor allem die Funktionäre in der Zahlung ihrer Beiträge nicht kämrig werden. Jeder Vertrauensmann des Verbandes müsse ein Vorbild für die übrigen Kameraden sein.

Bericht des Kontrollausschusses

legte Kollege Kauermann-Bangendörfer vor. Auch er beschäftigte sich mit der verhängnisvollen Spaltungstaktik der Kommunisten. Alle Ausschüsse seien sorgfältig beobachtet. Der Kontrollausschuss habe sich nur von dem Grundgedanken lassen, daß unter allen Umständen die Einheitlichkeit des Verbandes aufrechterhalten werden müsse.

Im Namen des Kontrollausschusses hat Kollege Kauermann um Entlastung für den Vorstand und für den Kassierer. Anschließend beschäftigte sich die Generalversammlung mit der Überprüfung der

Unterstützung der Anträge

zum dritten Punkt der Tagesordnung. Dabei ergab sich die erfreuliche Tatsache, daß fast reiflos alle Anträge, die ein offenes oder verdecktes Mißtrauen gegen den Hauptvorstand enthalten, von vornherein unter den Tisch fielen.

Die erste Aussprache

Kollege Schwarz-Saarbrücken eröffnete die Diskussion über die Geschäftsberichte und betonte, daß die Bergarbeiter alles tun müßten, um stärkeren Einfluß auf Staat und Wirtschaft zu erhalten. Die Verständigungspolitik habe leider bisher noch nicht das letzte Hindernis beseitigen können, denn das Saargebiet sei noch in Händen der Franzosen. Wenn die Verhandlungen abgebrochen werden müßten, so lag die Schuld bestimmt nicht an den deutschen Verhandlungsführern, sondern die Verantwortung dafür sei allein bestimmten deutschen und französischen Privatkapitalisten beizumessen, die die Gruben in ihren Besitz zu bekommen versuchen.

Der Bergarbeiterverband wird es zu verhindern wissen, daß nationale Güter und soziale Rechte der Arbeiterchaft preisgegeben werden.

Kollege Härtel-Weikstein lehnte sich für intensivere internationale Zusammenarbeit ein.

Kollege Limberg-Buchum (Redakteur des Verbandsblattes) hält Abrechnung mit der schmutzigen Heße der Kommunisten, die die Führer des Bergarbeiterverbandes im Reichstag als Arbeitermörder bezeichnet haben. Bei den kommenden Wahlen dürfe für alle Kollegen nur die Sozialdemokratie in Frage kommen.

Kollege Weidart-Zeig trat als Wortführer der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ auf, bekannte sich zur KPD und legte eine ebenso langwierige wie langweilige Relatation vor. Beifall wurde ihm nicht zuteil, sondern er mußte sich vom Kollegen Kaufmann-Eiselen sagen lassen, daß die Kommunisten im Mansfelder Lohnkampf die Interessen des Verbandes und des Proletariats aufs kühnste mit Füßen getreten haben. Ueber eine „revolutionäre“ Entschlieung aus Dittersbach ging die Generalversammlung hinweg.

Die Nachmittagsitzung

Scharfe Abrechnungen mit den Kommunisten - Fast alle Delegierten geben ihre Erfahrungen mit dieser Sorte „Gewerkschaftspolitiker“ kund - Niederschlesische Delegierte beantragen Untersuchungen über die Wirkungen der Kohlenstaube bei den nicht sofort getöteten Kameraden - Für gerechtere Verteilung des Volkseinkommens

In der Nachmittagsverhandlung wurde die Aussprache über die Geschäftsberichte und die Begründung der Anträge fortgesetzt.

Kollege Jochemann-Köln äußerte sich über die Auswirkung der Rationalisierung im hiesigen Braunkohlenrevier, die sich gegen die Arbeiterchaft durch den Abbau auswirkt. Die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ und ihre Anhänger unter der Bergarbeiterchaft haben wirklich keinen Anlaß, sich über die Ausschüsse Beschwerte zu führen. Ihr Vorgehen, die Interessen der Kameraden zu vertreten, hat sich in Wirklichkeit nur als Arbeit zur Schädigung der Organisation entpult.

Kollege Suezal-Hindenburg empfahl in der Frage der Arbeitszeit, nicht alle Karten auf Werk zu setzen, denn auch dort nur kann bestenfalls geschlossen werden, was in vielen Ländern bereits durchgeführt worden ist. Wenn in der „Kohlenstaube“

am 9. April dargelegt wird, daß die Gewerkschaftsangehörigen nicht von den Gewerkschaftsmitgliedern, sondern von den Inorganisierten gewählt werden müßten, dann kennzeichnen sich diese eigenartigen Gewerkschaftler selbst. Dem Verbandsrat muß Geltung verschafft werden, denn entweder sind wir ein Verband oder wir sind keiner. Sogar die kommunistische Partei vertritt in ihren eigenen Reihen die Interessen der Arbeiterchaft. In der Bildungsfrage sprach sich der Redner für eine Spezialisierung bei der Schulung der Funktionäre aus.

Der Kollege Holmker-Silber berichtete über die Verhältnisse in seinem Bezirk und hob dabei hervor, daß sich der für lange Dauer abgeschlossene Tarifvertrag als zweckmäßig erwiesen hat, da es dadurch auf absehbare Zeit nicht möglich ist, Abbauvorstöße zu unternehmen. Für die kommende Reichstagswahl kann es nur gelten, für die Partei einzutreten, die

Politische Nachrichten

Dank des besetzten Gebietes an Hermann Müller

Darmstadt, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der hessische Staatspräsident sandte an früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hermann Müller, der infolge Krankheit an Mainzener Befreiungsfestlichkeiten nicht teilnehmen konnte, ein Schreiben, in dem es heißt, daß Müllerswesenheit den Feiern eine besondere Note gegeben hätte. Die Entwicklung der deutschen Außenpolitik knüpfte in ihren Endpunkten an den Namen Hermann Müller. Das besetzte Gebiet schulde ihm viel Dank und habe bei Müllers Anwesenheit in Mainz sicherlich besonders jungfräulich zum Ausdruck gebracht.

Anton Krizan gestorben

Dieser Tage ist in Laibach Anton Krizan, ein früherer Führer der sozialistischen Arbeiterbewegung Jugoslawiens, 49-jährig einer langwierigen Krankheit erlegen.

Schon in jungen Jahren wandte sich Krizan, nachdem er seiner Vaterstadt Laibach das Gymnasium und in Brünn eine Handelshochschule besucht hatte, dem sozialen Problem zu. Er begann, er, was seinen praktischen Aufbauwillen treffend kennzeichnet, mit der Gründung von Konsumvereinen. Wenn heute in Slowenien das Konsumvereinswesen auf erstem Rang steht, fällt das Verdienst in erster Linie Krizan zu. Aber die Sammlung der Arbeiter in Konsumvereine betrachtete er nur als Vorübung zu ihrer Sammlung in Gewerkschaften und Partei. Auch auf diesem Felde tummte er sich früh als einer der wenigen marxistisch geschulten Mitglieder seiner engeren slowenischen Heimat. 1909 gehörte er zu den Hebern der sogenannten Tito-Revolution, die nationale Einheit des südslawischen Volkes verkündete und Einigung der südslawischen Stämme in ein ganzes auf die Idee der Sozialdemokratie schrieb.

Der Zusammenbruch der österreich-ungarischen Monarchie und die Entstehung des südslawischen Staates boten Krizan ein breiteres Wirkfeld. In der im November 1918 gegründeten slowenischen Landesregierung wurde er das Fach Sozialpolitik. Viele der Verordnungen, die er dieser Zeit mit tiefer Sachkenntnis und großem praktischen Ausmaß erließ, sind später in die sozialpolitische Gesetzgebung des Gesamtstaates übergegangen. Als einer der wenigen sozialistischen Abgeordneten in der Belgrader Konstitution wurde er 1920 Minister für Bergbau und Forstwesen. Dann leitete er das ausgedehnte Staatsgut Belje in Slavonien und zog sich schließlich wieder nach Laibach zurück, um das Werk der Genossenschaftsbewegung durch Gründung und Leitung einer Genossenschaft zu krönen.

Als die Diktatur kam, standen einem Mann von den Fähigkeiten und Verdiensten viele Türen offen. Ueberzeugter Anhänger der südslawischen Einheit, scharfer Gegner eines romantischen und reaktionären Stammespartikularismus, lehnte er es ab, der Diktatur zu dienen. Er war Sozialdemokrat und blieb Sozialdemokrat. Mit unermüdlichem Eifer warf er sich auf das Gebiet, von dem er ausgegangen war und ihm jetzt einzig zur Arbeit übrig blieb: auf das Konsumvereinswesen.

Für die Haltung, die Anton Krizan auch bei den politischen Gegnern genoss, sind ein paar Sätze im Nachruf des slowenischen „Slovenec“ charakteristisch: „In religiöser Stimmung war er ein großer Gegner der christlichen Weltanschauung, ein Mann der alten Schule und ein unerbittlicher Gegner des hiesigen Materialismus, den er in unzähligen Artikeln populär begründet hat. Aber was er Gutes für den Arbeiterstand und für den sozialistischen Fortschritt geschaffen hat, das möge ihm Gott zu seiner unerlöschlichen Liebe zu dem menschlichen Geschlecht reichlich vergelten.“

Die soziale Reaktion in Oesterreich

Die Sozialdemokratie ruft die Wähler auf

Wien, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

In einem Aufruf an die Wählerschaft stellt die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrats anlässlich der Sitzung des Parlaments fest, daß die bürgerlichen Parteien, Arbeiterpartei immer mehr ihrer Errungenschaften beraubt werden. Die Sozialdemokratie fordere die Wähler, sich nicht durch die Zittern der bürgerlichen Parteien vor dem Urteil der Wähler und doch müßten spätestens im Frühjahr Neuwahlen folgen. Dann gelte es ein Parlament zu wählen, in dem die Sozialdemokratie regiert werden könne.

Der Erfolg des Flugs Bassano

Paris, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Das italienische Emigrantenblatt in Mailand veröffentlicht einen eingehenden Bericht über den Erfolg der Flugexpedition des antifaschistischen Fliegerpaares Bassano nach Mailand. Die Flieger, die der wegene Flieger über der Stadt abwarfen, hätten überall einen Eindruck gemacht, namentlich jener Teil des Inhabits, der der Arbeitslosigkeit, der Wirtschaftskrise und der verdoppelten Steuern in Italien unter dem faschistischen Regime spreche. Bevölkerung habe sich die Blätter hochzufrieden aus der Hand gerissen. In anderen italienischen Städten seien heute Exemplare davon zu finden. Es sei sogar zu einem Konflikt zwischen faschistischen Polizei und dem Erzbischof gekommen. Einige Blätter seien in der Kirche angeschlagen worden; doch habe der Erzbischof der Polizei das Recht verweigert, in die Kirche einzudringen und sie mit Gewalt zu entfernen.

Russische Note an Finnland

Helsingfors, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Die russische Regierung hat in Helsingfors eine Note überreichen lassen, in der über die Grenzverletzungen durch finnische Staatsbürger Protest erhoben und vor allem darauf hingewiesen wird, daß letzter Zeit zahlreiche finnische Kommunisten in den Grenzgebieten zwangsweise über die russische Grenze geschickt worden sind. Die Sowjetregierung erwarte, Finnland sofort Gegenmaßnahmen ergreife, um ähnliche Grenzverletzungen in Zukunft zu verhindern. Ebenso erwarte sie, die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Wahlunruhen in Mexiko

Mexiko-City, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Am Sonntag kam es in Tlaxcala im Bundesstaate Chiapas während der Lokalwahlen zu blutigen Zusammenstößen. Wähler wurde getötet. Sechs Personen und zwei Polizisten schwer verletzt. Die gegnerischen Parteien, darunter vorwiegend Frauen, kämpften in einzelnen Wahlbezirken um jeden Stimmzettel. Die Staatsbehörden sind schließlich gezwungen, die Urnen zu beschlagnahmen. Die Stände der beiden im Kampf liegenden Parteien beschuldigen gegenseitig der Wahlstichungen. Die Stimmung innerhalb der Bevölkerung ist so gereizt, daß die Behörden gezwungen sind, Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung den Lagerungsstand verhängen zu lassen.

schaffen nur das, was Bucharin auf einem Kongress proklamiert hat, als er erklärte, daß jeder bestraft werden müßte, der von den Grundfragen der Partei abweicht, selbst wenn er ein Volk wäre.

Kollege Görres-Grühlwort sprach ebenfalls über die die Knappheitsversicherung betreffenden Anträge, und Kollege Lehmann-Buchum wandte sich gegen einen Reichslongrek der Betriebsräte, der einer zweiten Generalversammlung gleichkommen würde. Kollege Spiegel-Wellow sprach über die Hilfsstruppen der Unternehmer, als die er die gelben Gewerkschaften bezeichnete.

Längere Ausführungen machte noch Kollege Viktor-Buchum, der darauf verwies, daß es unzumutbar sei in den Fragen der Verbesserung und Ergänzung der Invalidenversicherung und Herabsetzung der Altersgrenze allein vorzugehen und empfahl, sich in dieser Beziehung den Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes anzuschließen. Die Regierung Brüning hat es bis heute nicht für notwendig erachtet, die schon im April fälligen Mittel aus der lex Brüning zur Verfügung zu stellen. Er empfahl, alle die Sozialversicherung betreffenden Anträge an den Vorstand zu überweisen.

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Im Laufe der Diskussion erstattete Kollege Uhlmann-Lugan den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Danach sind anwesend 150 Delegierte, 15 Mitglieder des Kontrollausschusses, 15 Mitglieder des Beirates, 10 Revisoren, 7 Vorstandsmitglieder, 2 Verbandsredakteure, 2 Verbandsangestellte und 12 Gäste. Bei einem Mandat soll erst der Vorstand einen Vorschlag über Gültigkeit oder Ungültigkeitserklärung machen, alle anderen Mandate wurden durch einen Beschluß anerkannt.

Antrag aus dem Neuroder Revier

Der als Delegierter anwesende Betriebsratsvorsitzende der Wenzelsgrube, Kollege Amst-Hausdorf, stellte mit Unterstützung aller Waldenburger Delegierten folgenden Antrag an den Verbandstag:

Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand Untersuchungen anstellen zu lassen, ob die Einatmung von Kohlenstaure bei Kohlenstaureausbrüchen im Bergbau schädlich für die Arbeiter ist, ob Herzkrankungen, Atemnot usw. darauf zurückzuführen sind.

Sollte das Ergebnis der Untersuchung im bejahenden Sinne ausfallen, so ist dafür zu sorgen, daß diese Krankheiten als entgeltspflichtig der Unfallversicherung unterstellt werden.

Dieser Antrag wird nach Schluß der Aussprache zur Abstimmung gebracht und zweifelslos einstimmig angenommen werden. Weiter wurde auch eine Entschädigung Hofmann-Hamm zur Verlesung gebracht, über die die Abstimmung erfolgen wird. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die Generalversammlung fordert, daß die Löhne der Bergarbeiter entsprechend der Schwere und Gefährlichkeit ihres Berufes mit den Gehältern der Staats- und Kommunalbeamten in Einklang gebracht werden.

In der Vorkriegszeit war der Lohn der Hauer gleich hoch mit dem Gehalt eines Volksschullehrers, Lokomotivführers und anderer in gleicher Rangstufe stehenden Beamten und Angestellten. Dieses Verhältnis ist in der Nachkriegszeit zugunsten der Bergarbeiter sehr stark verschoben worden. Wenn von den Bergarbeitern verlangt wird, daß sie entsprechend der wirtschaftlichen schlechten Lage Opfer bringen müssen, so müssen andererseits die Arbeiter verlangen, daß insbesondere die hohen Beamten und Angestellten des Staates und der Gemeinden dieselbe Rücksicht auf die schwierige Finanzlage des Staates und der Gemeinden nehmen.

Es ist weiter nicht zu erörtern, daß in Zeiten niedriger Konjunktur die Auswirkungen dieser nur die Arbeiter zu tragen haben.

Die Delegierten fordern darum von den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei (der sie fast reiflos angehören) dafür einzutreten, und sich dafür einzusetzen, daß das in Deutschland vorhandene Einkommensverhältnis gerechter als bisher verteilt wird. Das ist nur möglich, daß diejenigen, die heute einen großen Teil dieses Einkommens für sich beanspruchen, weniger als bisher erhalten und das so frei gewordene denjenigen gegeben wird, die bei der bisherigen Verteilung zu kurz gekommen sind.

auch die Interessen der Bergarbeiter in mehr als agitatorischer Form vertritt und das kann nur die SPD sein.

Von der Praxis der „Revolutionäre“ berichtete Kollege Witz-Gischelbe. Er wies darauf hin, daß es der Opposition im Senftenberger Gebiet gelungen ist, zwei Betriebsratsmandate zu erobern und schon bei einer der ersten Verhandlungen mit der Verwaltung war es der „radikale“ Betriebsrat, der den Formalisten das Eingreifen des Verbandes empfahl, statt nun einmal zu zeigen, wie oppositionelle Gewerkschaftspolitik mit Missetaten aufklärt.

Kollege Engelhardt-Nachen berichtete über die Tarifabschlüsse seines Gebietes, bei denen es möglich war, verschiedene neue Sicherungen für die Kollegenschaft herauszuholen. Ganz besonders wünscht er eine Unterstützung des Verbandes in der Frage der Verkehrsregelung mit Holland. Die Arbeit der Kommissionen geht darauf hinaus, die Organisation der Bergarbeiter zu zerlegen. Bei den Betriebsratswahlen haben sie gezeigt, welchen Bestrebungen sie huldigen.

Der Kollege Mugrauer-Gesellirchen wies darauf hin, daß alle Anträge, die sich mit dem Gedingwesen beschäftigen, ihre volle Berechtigung haben. Wenn es auch kaum in aller nächster Zeit gelingen dürfte, in diese Entlohnungsregelung eine einschneidende Brechlinie zu schlagen, so wird mindestens durchzusetzen versucht werden müssen, die Hauernindestlöhne zu erhöhen, wenn sich die Kumpels nicht auch weiterhin als moderne Galeerensträflinge betrauteln lassen. Ganz besonders beschäftigte er sich dann noch mit dem Verhältnis zwischen Arbeiterchaft und technischer Angelegenheiten und wies den Vertreter dieser Berufskategorie darauf hin, sich ganz besonders dafür einzusetzen, daß sich die freigewerkschaftlichen Angestellten besser mit der Arbeiterchaft verträglich machen.

Unter Bravorufen erklärte Kollege Meyer-Wittlingen, daß dem Verbandsvorstand höchstens der Vorwurf zu machen sei, daß er nicht rechtzeitig begonnen hat mit den Ausschüssen jener Elemente, die es darauf abgesehen haben, die Front der Arbeitenden zu schwächen.

Kollege Stägel-Ober-Waldenburg betonte, daß der Verband anfänglich die Rationalisierung begrüßt habe, ohne gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die Vorteile der Rationalisierung nicht nur in die Taschen der Kapitalisten fließen. Mit aller Energie haben sich die Funktionäre des Verbandes der kommunistischen Hege entgegenzusetzen. Die Kommissionen sind groß in Verleumdungen der Sozialen und reformistischen Betriebsräte, aber vor lauter Radikalismus haben die sogenannten Oppositionellen gar nicht Zeit, sich Geistesgegenwärtigkeit anzueignen, können deshalb nicht einmal die in den geltenden gesetzlichen Bestimmungen voranfernten Rechte der Arbeiterchaft auswerten.

Der Kollege Behle-Buchum sprach sich für die Beseitigung der Randgeschenklausein aus und begründete sehr ausführlich einen Antrag, in dem vom Verbandsvorstand verlangt wird, sich mit aller Macht für die Beseitigung der Aufrechnung der Reichszentrale bei den Knappheitsanfällen einzusetzen. Die Bergarbeiterchaft komme nicht daran vorbei, eine klare politische Linie einzunehmen, und ihre Entscheidung kann in dieser Frage nur für die sozialdemokratische Partei ausfallen.

Sehr treffende Worte über die Kommunistenarbeit in der Gewerkschaft fand auch der Kollege Fehold-Jochau (Sachsen), der darauf verwies, daß auch die Radikalität nur mit Walter losen können, was sich schon heute aus der Praxis der Betriebsräte ergebe, die es mit Hilfe der Phrasendrescherei zu wählen gelungen ist. Es kann nicht angängig sein, bei den Betriebsratswahlen zwei Pöbel aufzustellen, denn damit wird den Unternehmern nur der traurige Beweis geliefert, daß die Parteien unter sich selbst nicht einig sind.

Auch Kollege Kühr-Mansfeld sprach davon, daß diese Revolutionäre am größten Chaos miterneuert sind, weil sie nur unter diesen Umständen ihre Zwecke losen können. Von der Organisation forderte er, daß sie sich dafür einsetzt, daß auch die Steinbrüche im Erzbergbau als unfallentgeltspflichtig anerkannt wird.

Kollege Schaltenberg-Reinhauten, der im Jahre 1926 an einer Ausland-Delegation teilgenommen hat, erklärte, daß es im russischen Bergbau noch sehr übel aussehe und die dort herrschenden Zustände der Sowjetregierung durchaus nicht zur Ehre gereichen. Mit dem Ausschluß der Störenfriede tue die Gewerkschaft

Unglaubliches Lohnelend

Wie Ostpreußens Agrarier die Wirtschaft beleben helfen - Dreiföpfige Landarbeiterfamilie erhält den unmöglichen Stundenlohn von 0,72 Mark.

Ein Skandal ohne Gleichen ist das Lohnelend der ostpreussischen Landarbeiter. Die ostpreussischen Agrarier zahlen einer dreiföpfigen Deputatenfamilie pro Stunde 72 Pfennige Lohn. Das ist ein Stundenlohn, wie ihn heute ein Kanalarbeiter auf dem Lande verdient. Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren kommen auf einen Gesamtstundenlohn von jege und schreiben rund 15 Pfennige. Der Gesamtstundenlohn der Deputatenfamilie beträgt 22 Pfennige. Der Stundenlohn eines Deputatenarbeiters befreit sich auf neun Pfennige. Jeder dem Vaterlohn erhält er Naturalien, deren Wert, auf die Arbeitsstunde umgerechnet, den Betrag von 26 Pfennigen ergibt. Somit kommt der ostpreussische Deputatenarbeiter auf einen Gesamtstundenlohn von 35 Pfennigen.

Das sind unmögliche und ungesunde Verhältnisse. Und trotzdem wollen die ostpreussischen landwirtschaftlichen Unternehmer von einer Lohnverbesserung nichts wissen. Sie sind so brutal, weil sie glauben, es kann ihnen nichts passieren. Die ungeheure Arbeitslosigkeit macht es den ostpreussischen Landarbeitern unmöglich, in Schaten das Land zu verlassen. Und gibt es keine

deutschen Landarbeiter mehr, dann gibt es noch Polen — solange, bis im Reichstag die Sozialdemokratie mehr Einfluß hat und dem Skandal ein Ende macht.

Überall die gleichen Methoden

Einheimische Arbeiter müssen im Ausland mit polnischen Arbeitern als Lohnarbeiter des Vorkriegs genießen

In Deutschland arbeiten die Großagrarier am liebsten mit Polen, weil sie bedürfnisloser und billiger sind als der deutsche Arbeiter. Auch in Rumänien holen sich die Arbeitgeber immer mehr Polen ins Land. Man verwendet sie vor allem in der Moldau gerne als Stoßtruppe gegen die rumänischen Arbeiter. Trotz riesiger Arbeitslosigkeit und trotz des Verbotes, ausländische Kräfte zu beschäftigen, wenn inländische Arbeiter zur Verfügung stehen, werden die polnischen Lohnrüder und Streikbrecher nicht abgehoben. Im Gegenteil: sie erfreuen sich des besonderen Schutzes der Behörden. Die arbeitslosen rumänischen Arbeiter dagegen schickt man, soweit es möglich, nach Frankreich, wo sie, weil fremd, ebenfalls ein bequemes Ausbeutungsobjekt sind.

Rinderausbeutung in Amerika

12 bis 14 stündige Arbeitszeit der Jugendlichen in den Konservenfabriken

Zahlreiche amerikanische Konservenfabriken beschäftigen nach einem Bericht des Bundesarbeitsdepartements Kinder, die das für Fabrikarbeit vorgesehene Alter noch nicht erreicht haben. Von 3304 Kindern unter 16 Jahren, die untersucht wurden, waren 36 Prozent noch nicht 14 Jahre alt, ein Teil davon sogar noch nicht 8 Jahre. Alle zeigten ziemlich gleichmäßig Merkmale von Überarbeit und Unterernährung. Die Regierungsinspektoren stellen als kürzeste Arbeitszeit 10 Stunden fest; 8 Prozent der Jugendlichen arbeiten 14 Stunden und 22 Prozent 12 Stunden. Über zwei Fünftel sind nachtsüber in den Fabriken beschäftigt.

Das Arbeitsdepartement drängt jetzt mehr auf Einführung von Kinderschutzgesetzen in allen Bundesstaaten, vor allem bei den Konservenfabriken, die bisher von der Schutzgesetzgebung nicht erfasst wurden. Wandel ist dringend notwendig, denn die Arbeitsbedingungen in den Konservenfabriken lassen jede Rücksicht auf die Frauen und Jugendlichen vermissen. So haben die Ausschussbehörden festgestellt, daß den Arbeiterinnen und Jugendlichen während der oft unmenstrueller langen Arbeitszeit keine Sitzgelegenheiten zur Verfügung

standen. Die Mehrzahl der Arbeitsträfte muß während der ganzen Dauer der Beschäftigung am Arbeitsort stehen. — Warum blüht die amerikanische Freizugsstatue von New-York nicht ins Land hinein, sondern aufs Meer hinaus? Weil sie sich — so sagen die amerikanischen Arbeiter — schämt.

Das Internationale Kupferkartell mußte sich zu einer neuen Preisherabsetzung bequemen und zwar wurde die in der vorigen Woche festgesetzten Notierungen von 11,80 Centis pro englisches Pfund auf 11,55 Centis herabgesetzt. Die vorgenommene Preisermäßigung entspricht einem Rückgang pro 100 Kilogramm von 109,55 Mark auf 108,85 Mark.

Die Kupferpreisermäßigung war zu erwarten, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die in voriger Woche durchgeführte Herabsetzung der Notierungen den Markt nicht anregte. Insbesondere soll die Nachfrage auf den europäischen Märkten zu wünschen übrig lassen. Die Kupferverteilung nach Europa gehe weit über die Rufe der europäischen Verbraucher hinaus. Außerdem hielten in Amerika die Preisunterbietungen durch die Kupferhütten an.

Totschlagsversuch als Weg zum Eheglück

Eine seltsame Geschichte wurde am Donnerstag in einer Verhandlung vor dem Schwurgericht in Frankfurt an der Oder aufgerollt. Der 37 Jahre alte Prokurist Alfred Höhne sollte sich wegen Mordversuchs an seiner Gattin zu verantworten. Der Mann, der in seine Frau bis zur Besessenheit verliebt war, schloß es nicht übers Herz, in eine Scheidung einzuwilligen, als ihm die Frau ihre Liebe zu einem Dritten gestand. Er hielt es deshalb neben der Frau aus, obwohl sie sozusagen mit seiner Erlaubnis ihre Beziehungen zu dem anderen Manne aufrecht hielt. Aber zuletzt führte eine Kleinigkeit die Katastrophe herbei.

Als der Mann seine Frau einmal beim Kopfwaschen antraf, er sie ihm zu erlauben, daß er ihre nassen Haare abtrodne. Die Frau schlug diese Bitte ab, worauf Höhne zum Revolver griff und einige Schüsse auf seine Gattin abfeuerte. Höhne selbst sprang sich dann in die mit Wasser gefüllte Badewanne und wollte sich ertränken. Mit den letzten Kräften zog ihn die blutüberströmte Frau heraus, dann brachen beide bewußtlos zusammen.

Diese Schüsse haben das Ehepaar wieder zusammengeführt. Die Frau bat in einem an das Gericht gerichteten Schreiben um Gnade für ihren Gatten und erklärte, daß sie jeden Versuch an eine Scheidung aufgegeben habe. Sie liebe ihren Gatten wie nie zuvor.

Höhne wurde bloß wegen versuchten Totschlages zu sechs Monaten Gefängnis, bei mehrjähriger Bewährungsfrist, verurteilt, und sofort auf freien Fuß gesetzt.

das wäre schön, wenn die ganze Nachbarschaft Verhältnisse mit einander hätte! Haben Sie nicht gewußt, daß man sich mit einem verheirateten Mann nichts anfangen darf? — Angeklagte: Wie i das Verhältnis angianu hab, hab i an Vorbehalt gemacht, er soll sich scheiden lassen und mi heiratn. — Richter: Das ist vielleicht keine Ehestörung? Sie sind per „Du“ miteinander? — Angeklagte: Ja, „Du Mihi“ jagt er scho zu mir. — Richter: Was gefällt Ihnen denn so an diesem verheirateten Mann? Es gibt doch so viele ledige, hübsche Männer. — Angeklagte: Er hat so was! (Heiterkeit) — Richter: Sie könnten wirklich geschetter sein. Aus den Akten ersehe ich, daß Ihnen ohnehin schon vor sieben Jahren ein uneheliches Kind zugefügt wurde. Sie müssen den Mann hinauswerfen, wenn er zu Ihnen kommt. — Angeklagte: Er läßt sich ja nicht. — Richter: Ich sage Ihnen noch einmal, das geht nicht, daß sich ein verheirateter Mann mit Ihnen herumtreibt. Natürlich sind Sie die Schöne, weil Sie mit dem Mann in Kreuden leben, während sich die Frau zu Hause vergrämt. — Angeklagte: Er hat erst gestern gelagt, er läßt nicht von mir, er läßt sich scheiden. — Die Gattin: Wie er nach Hause gekommen ist, hat er gelagt, er hat Schluß gemacht und bleibt bei mir. — Maria bekam fünf Tage Arrest, das ist Gefängnis.

Ob man in Österreich wirklich glaubt, daß man Probleme der Liebe durch Gefängnisstrafen zu lösen vermag?

Wenn der Förster gleich schießt

Einen Menschen hat der Wildtöge erschossen

Der Förstwart Hofmann meinte in seinem Walde bei Weitswörth an der bairisch-österreichischen Grenze bei Salzburg eine Wildtöge zu schießen. Er gab einige Schüsse ab und traf den Gärtner Jennerwein aus Laufen i. B. Jennerwein, der mit einer Begleiterin auf einer Baumwurzel Rast gehalten hatte, wurde auf der Stelle getötet.

Hindenburg feiert Rheinlandbefreiung



Hindenburg beim Betreten der Christuskirche in Mainz, wo ein Festgottesdienst die Mainzer Befreiungsfeierlichkeiten einleitete. Neben ihm sein Sohn und Adjutant, Oberleutnant von Hindenburg, in republikanischer Reichswehruniform mit monarchistischem Klemmerladen. Von den Stahlhelmrüpelien gegen Erverting werden keine Bilder verbreitet.

Birma hat Nerven

Gefährliche Elefanten-Nervosität

Während der Abschiedsvorstellung des Zirkus Krone sowie der darauffolgenden Verladung seines Tierparks in Graz ging über die steirische Hauptstadt ein starkes Gewitter nieder, wodurch besonders die Elefanten ängstlich und nervös wurden. Als der Elefant Birma vom Stallmeister im Wagen angeleitet wurde, griff das Tier den Stallmeister an, brach ihm mehrere Rippen und verletzte ihn an Kopfe. Ein zu Hilfe kommender Wärter wurde von dem Elefanten gleichfalls angegriffen und erlitt einen Schenkelbruch.

Sittlichkeit im Stadtpark

Ein Meter Abstand

verbürgt garantiert holländische Sitteneinheit

Sittlichkeitsausbrüche sind seit einiger Zeit an der Tagesordnung. In Oberösterreich und im Rheinland wird das Familienbad zwecks Vermeidung der Kenntnis vom Vorhandensein verschiedener Geschlechtsweisen eifrig betrieben, in Groß-Wartenberg ist bekanntlich die Badefleidung nach militärischem Vorbild auf Zentimeterstrenge abgestimmt, in Oels die dreieckige Badehose verboten und im schönen Ländchen Borarlberg pflegen die enttäuschten Kleinwohner zur wirksamen Bekämpfung des Fremdenverkehrs Glascherben in die Bäche zu werfen. Das soll sehr probat sein. Das unsittliche Baden hat merklich abgenommen; wer Borarlbergs Fluren nicht meidet, bleibt dreckig und fromm.

Aber in Holland ist man dem allen weit über; in Holland hat man es zum Beispiel schon soweit gebracht, daß in dem Grenzstädtchen Venlo im Kino (wie beim Baden) die Geschlechter getrennt werden; rechts die Herren der Schöpfung, links das angeblich schwache Geschlecht. Doch in Martensdijk in der Provinz Zeeland ist man noch viel, viel sittlicher. Dort hat der Bürgermeister an den Eingängen des Stadtparks folgende Bekanntmachung anbringen lassen:

Auf den Bänken des Stadtparks haben Personen verschiedenerlei Geschlechts darauf zu achten, daß der Abstand zwischen ihnen mindestens einen Meter beträgt. Der Bürgermeister.

Internationale Gauner festgenommen

Zwei internationale Gauner, die beiden Polen Abraham Schmolik und Rajad Sühmann, sind am Sonnabend von der Pariser Polizei verhaftet worden. Der eine der beiden Schwindler pflegte in gerümpelter Kleidung als russischer Flüchtling aufzutreten und zu versuchen, einen angeblich leichten, ihm noch verbliebenen Diamanten billig an den Mann zu bringen. Der zweite erschien dann im rechten Augenblick als eleganter Diamantenhändler, kaufte den Reflektanten den Diamanten schnell vor der Nase weg und überließ ihnen dafür einige andere „billigere“, in Wirklichkeit ganz wertlose Steine.

Auf diese Weise sind zwei Amerikaner um 500 000 Francs, zwei Holländer um 150 000 gekündigt worden. Ein tschechisches Ehepaar wurde auf der Hochzeitsreise um 600 000 Francs gekündigt. Die Schwindler sollen auch schon in Deutschland und in der Schweiz mit dem gleichen Trick erfolgreich gearbeitet haben.

Sturzwellen tötet 9 Menschen

In dem Badeort Montorio di Castro bei Celleria (Italien) riß eine große Sturzwellen vom Badstrand neun Menschen mit sich auf das Meer hinaus. Die Wucht der Wellen war so stark, daß die sofort unternommenen Rettungsversuche ohne Erfolg blieben. Bis jetzt wurden sieben Leichen geborgen.

Flugzeugunglück in England

Ein Junkers Flugzeug, das in der Nähe von London aufgefliegen war, um nach Le Touquet zu fliegen, ist bei dem Dorfe Meoptam, Grafschaft Kent, am Montag nachmittag abgestürzt. Der Führer, Oberst Henderson und sämtliche fünf Passagiere, die zum Teil der englischen Aristokratie angehören, wurden getötet. Die Ursache der Katastrophe steht noch nicht fest.

Pullmann-Express verunglückt

In der Nacht zum Sonntag stieß der Expresszug Philadelphia-Newport an einer Straßenkreuzung in Philadelphia mit einem Automobil zusammen. Das Auto wurde etwa 300 Meter weit mitgeschleift. Lokomotive und Automobil stürzten schließlich über eine Böschung. Drei Pullmannwagen wurden zertrümmert. Ein großer Teil der Reisenden, etwa 80 bis 90 an der Zahl, wurden lebensgefährlich verletzt.

Hitze in Amerika

15 Todesfälle in Newport

Die außergewöhnliche Hitze in den Vereinigten Staaten dauert an. So hatte Washington am Montag 41,7 Grad Celsius und eine Anzahl anderer Städte über 37 Grad Celsius zu verzeichnen. In Newport sind 15 Personen durch Ertrinken oder Hitzschlag ums Leben gekommen. In einem Hochbahnzuge, der mit vom Strande Zurückkehrenden überfüllt war, entstand infolge Kurzschlusses eine Panik, wobei 20 Personen verletzt wurden.

Der Europaflug

Ueber den Aermel-Kanal

Auf dem Flugplatz in Bristol trafen am Montag nachmittag die ersten Europa-Flieger, die von Calais kamen, ein. Die ersten eingetroffenen Teilnehmer am Europa-Fluge waren Engländer Butler, Thorn, Carberry und Miß Moore. Ihnen folgte der Franzose Plessis. Die Flieger trafen über dem Aermel-Kanal mit sehr ungünstigem Wetter kämpfen gehabt. Butler setzte seinen Flug bald fort und erreichte nach kurzer Zeit auf dem Londoner Flugplatz Heathrow. Auf der einzigen deutschen Maschine, die sich bei der Flucht befindet, erreichte Polke gegen 4 Uhr London.

Von den acht Fliegern, die vom Sonntag auf Montag auf dem Flugplatz Rebstock bei Frankfurt a. M. bleiben mußten, gehen sechs weitere sechs Flugzeuge zur Reise nach Keims fort. Zwei Bewerber, nämlich ein Franzose und ein Engländer sind noch in Frankfurt. Der Franzose wird seine Magneten wohl bald beheben können, während der Spanier, der bekannt, beim Start Bruch machte, voraussichtlich noch einige Tage in Frankfurt bleiben muß und daher aus dem Wettbewerb scheitert.

Massenvergiftung in Buxtehude

Hünzschu Lehrmeister an einem am Sonntag in Buxtehude abgehaltenen Hochzeitessen sind nach der Mahlzeit unter Eingenommenheitserscheinungen erkrankt. Ein 80jähriger Hamburger Lehrling ist gestern mittag gestorben. Von den übrigen Erkrankten befinden sich sechs auf dem Wege der Besserung. Neun sind noch in Buxtehude, das ebenfalls von den Speisen genossen hat.

Freitod Anton Wismanns

weil ein Konzert abgesetzt wurde

Der Opernsänger Anton Wismann, der bis zum Ablauf des Opernspiels Spielzeit Heldentenor am Stadttheater in Erfurt gewesen war, vergiftete sich in seiner Erfurter Wohnung mit Gas, als zu einem von ihm angeführten Konzert so wenig Eintrittskarten verkauft worden waren, daß das Konzert im letzten Augenblick abgesetzt werden mußte.

Freitod im Schmelzofen

Auf grauenhafte Weise hat der Direktor der Meuselwitzer Zugschere Ostar Wöhld sein Leben ein Ende gemacht. In dem unüberwachten Augenblick stürzte er sich während eines Tages durch die Bühnen in einen Schmelzofen. Der Tod trat sofort ein. Direktor Wöhld hatte vor einigen Jahren einen Schlaganfall erlitten, von dessen Folgen er sich nie ganz erholte. Seinen Selbstmord führt man auf einen Nervenleidenbruch zurück, den er vor einigen Tagen erlitten hatte.

Einsturzunglück

bei einem Gewerkschaftsfest

Bei dem Gewerkschaftsfest, das der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Belken in der Provinz Westfalen jährlich abhält, ereignete sich am Sonntag abend ein Unglück, bei dem eine Anzahl Personen teils leicht, teils schwer verletzt wurde.

Der Ortsausschuß hatte auf dem Beltener Hafen, einem Kanal der Havel ein Feuerwerk vorgesehen, zu dem sich eine große Anzahl von Zuschauern auf der gegenüberliegenden Seite des Hafens eingefunden hatte. Auf dem Bohlenbelag des Hafens hatten sich etwa 100 Personen angeordnet. Durch das Übergewicht der Menschenmenge brach plötzlich das Verdeck und ein großer Teil der Zuschauer stürzte in den Kahn. 12 Personen wurden verletzt, davon 5 schwer.

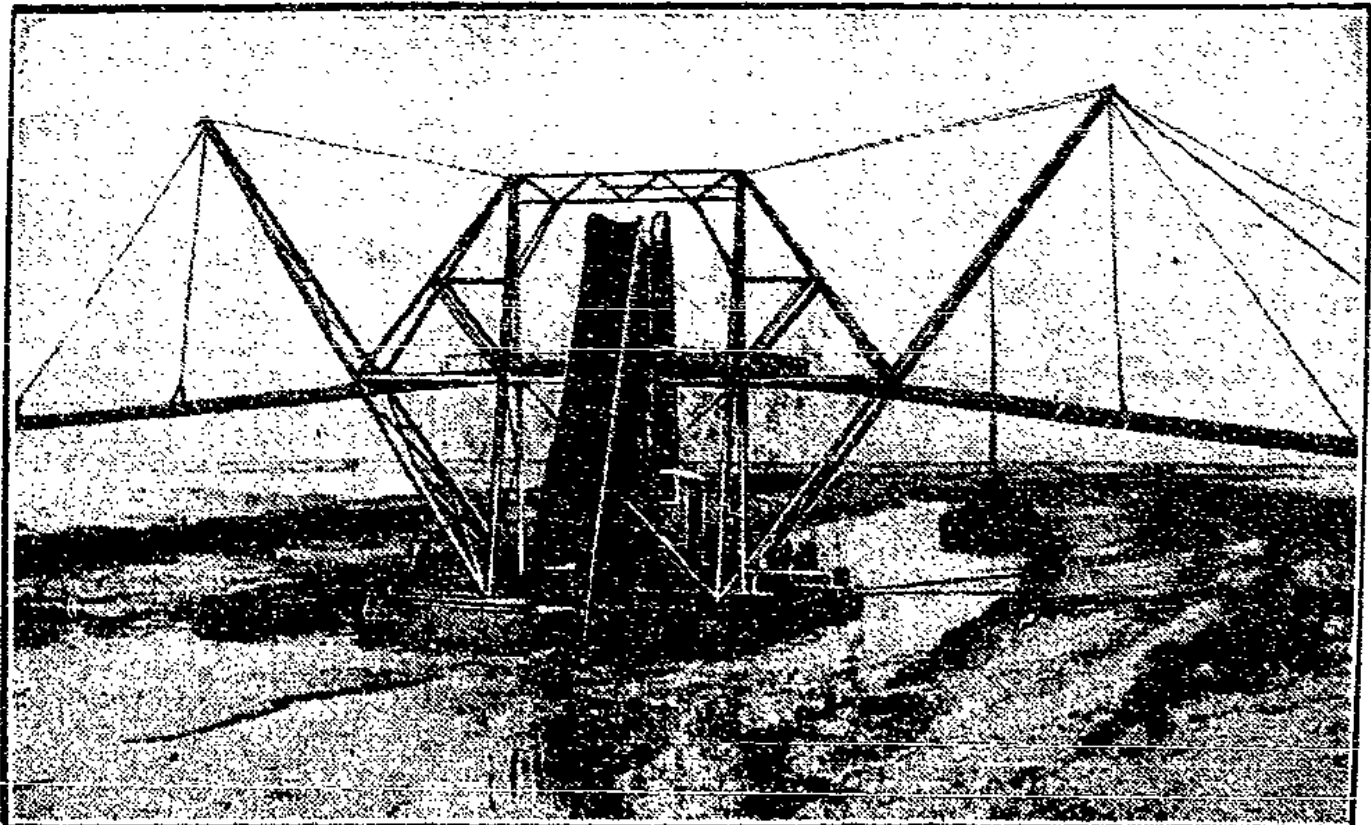
Was ist Ehestörung?

„Er hat sowas“

Österreich hat in Mitteleuropa zweifellos das rückständigste überdies unübersichtlichste Eherecht. Dazu gehört auch der uns unbekannteste Begriff der Ehestörung. Während man in Deutschland wegen Ehebruch nur auf Autzug und nur nach rechtskräftig dessentwegen erfolgten Scheidung strafrechtlich verfolgt werden kann, können in Österreich eifersüchtige Männer Frauen, wenn andere Mittel zur Fesselung des Partners nicht ausreichen, den störenden Dritten auch dann gerichtlich verfolgen, wenn der Tatbestand des Ehebruchs noch nicht in Frage kommt. Wie sich das auswirkt, illustriert folgender Gerichtsbericht Wiener „Kleinen Blattes“:

„Frau Rosa H. klagte das Fräulein Maria K. wegen Ehestörung beim Bezirksgericht Fünfhäus. — Richter: Fräulein Maria, Sie sollen mit dem Mann der Frau Rosa ein eheliches Verhältnis haben? — Angeklagte: Ja, seit vier Jahren, der Herr hat nämlich mit seiner Frau in an Haus mit mir gewohnt. — Richter: Das ist doch kein Ehestörungsgrund,

Die Zuidersee wird trocken gelegt



Die Trockenlegung der Zuidersee in ihrem ersten Teile, einem Gebiet von 20 000 Hektar, ist schon so weit fortgeschritten, daß der Boden des Binnenmeeres teilweise freigelegt ist und daher tiefere Bagger Kanäle für den Abfluß des abfließenden Wasser bahnen müssen. — Ob, das mit ungeheurem Aufwand vorgenommene Trockenlegungswerk, das dem kleinen Holland fruchtbarer Gebietszuwachs verschaffen sollte, tatsächlich die erwarteten Ergebnisse bringen kann, wird vielfach angezweifelt.

das abfließende Wasser bahnen müssen. — Ob, das mit ungeheurem Aufwand vorgenommene Trockenlegungswerk, das dem kleinen Holland fruchtbarer Gebietszuwachs verschaffen sollte, tatsächlich die erwarteten Ergebnisse bringen kann, wird vielfach angezweifelt.

Was wird aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm?

Das von dem Provinzialparlament im Provinzialparlament beschlossene Arbeitsbeschaffungsprogramm ist bekanntlich von der bürgerlichen Mehrheit auf eine mäßig erweiterte Produktion Erwerbslosen-Hilfe unter der Voraussetzung besonderer Zusätze von anderer Seite zurückgeführt worden. Aber den materiellen Zustand dieser Arbeitsbeschaffung gibt der nachstehende Artikel aus der Feder des Illgenersmeisters von Heulath, Genossen Troeger, Ausschuss.

Die Reaktion.

Wie bekannt, hat der Provinzialparlament Mittel zur Beschaffung zusätzlicher Arbeitskräfte bereitgestellt, und zwar 200 000 Mark aus dem Staatsetat und außerdem eine Anleiheverpflichtung bis zum Betrage von 5 Millionen Mark gegeben. Da die Durchführung der in der Zuständigkeit der Provinzialverwaltung angeordneten Arbeiten in allen Fällen als Kostandsarbeiten gedacht war, war von vornherein klar, daß die Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms starke Hindernisse in den Weg stellen würden. Die Praxis hat bisher gezeigt, daß diese Vermutung richtig war.

Durch besondere Verteilungen an zuständiger Stelle hat es die Provinz erreicht, daß ihr zunächst 500 000 Mark Förderungs- mittel für Kostandsarbeiten zur Verfügung gestellt wurden. Sie bestimmte diese für den Bau der Gasfernervergasung und für die Ausbaurbeiten an der Bartsch und an der unteren Weistritz. Die für diese Zwecke aufzubringenden provinzi- eigenen Mittel kommen allerdings in der Hauptsache aus dem ordentlichen Provinzialetat. Nur 150 000 Mark Provinzial- anteil für die Ausbaurbeiten an der unteren Weistritz werden den Mitteln, die für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellt wurden, entnommen. Das heißt also mit anderen Worten, daß die 500 000 Mark Förderungs- mittel nicht zur Beschaffung zusätzlicher Arbeit verwendet werden, sondern zur Durchführung der im ordentlichen Etat vorgesehenen Arbeiten. Bis jetzt ist also das

Ergebnis fast Null.

Was ist weiter geschehen? Zur Gewährung von Bauhilfs- geldern an Kreise und Gemeinden sind aus dem Arbeits- beschaffungsprogramm 300 000 Mark bereitgestellt. Es ist an- zunehmen, daß eine Anzahl von Kommunen auf diese Mittel zurückgegriffen wird. Vor allen Dingen deshalb, weil über das ordentliche Kontingent hinaus 350 000 Mark Förderungs- mittel für Kostandsarbeiten heringeholt wurden. Es ist sicherlich von untergeordneter Bedeutung, ob die zusätzlichen Arbeitsmöglich- keiten von der Provinz oder von anderen Kommunen gefunden und durchgeführt werden, wenn nur überhaupt mehr geschieht, als im laufenden Etat vorgesehen ist. Trotzdem ist es sicher, daß dem Provinzialparlament bei dieser Beschlußfassung dieser Ausweg und Umweg nicht als die unmittelbare Lösung vorgezogen hat, und daß das nicht der Zweck des Arbeitsbeschaffungsprogramms war. Schließlich ist ein Auftrag zur Beschaffung von Stein- material im Betrage von 300 000 Mark erteilt worden. Da zu dieser Summe noch circa 40 000 Mark aus Mitteln der Grund- förderung hinzutreten sollten, würde insgesamt ein Auftrag von etwa 340 000 Mark an die schlesische Steinindustrie gehen. Zweifel- los eine Verbesserung, aber keine übertragene Hilfe. Was sonst von der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms zu sagen ist, sind Hoffnungen und Möglichkeiten. Das Feststehende ist mit den vorhergehenden Ausführungen erschöpft. Also provinzi- eigene Arbeiten nur mit 50 000 Mark Anteil der Provinz. Im übrigen Durchführung des ordentlichen Etats, Bereitstellung von Bauhilfsgeldern und Einkauf von Steinsmaterial.

Es ist zu hoffen, daß die Bemühungen zur Erreichung weiterer Mittel zur Förderung von Kostandsarbeiten von Erfolg gekrönt sein werden. Wenn auch verschiedenartige Kombinationen, die versucht wurden, bis jetzt den gewünschten Erfolg nicht ge- bracht haben, so wäre es doch gewiss, diese Versuche als

hoffnungslos einzustellen. Außerdem wird ja doch wohl von den vielen Beschäftigten der Verhölgung auf Beschaffung von Mitteln zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten etwas in Er- füllung geben (Dieser Artikel wurde von dem letzten politischen Kreisrat geschrieben.) Dann wird auch etwas auf der Provinz- Anleiheherren fallen und dann wird wohl die Provinz, die sich auf ein Arbeitsbeschaffungsprogramm finanziell vorbereitet hat, die Mittel brauchen und natürlich verausgaben können. Die Kreise und Gemeinden werden dann wohl nicht mehr so hart wie bisher mit der Provinz um die Bewilligung der verstärkten Förderung für Kostandsarbeiten konkurrieren. Die ständig wachsende Zahl der ausgesteuerten Erwerbslosen wird ihnen lang- sam aber sicher die letzten finanziellen Regungsmöglichkeiten nehmen. Doch das kann man abwarten.

Wenn die Provinz neue Mittel bekommt, dann ist sie sich schon klar, wie sie sie verwenden soll. Es soll zunächst versucht werden, der Steinindustrie zu helfen, freilich unter der Voraus- setzung, daß für die Werbung der Steine nicht nur die Grund- förderung, sondern auch die verstärkte Förderung aus Kostands- mitteln zur Verfügung gestellt wird. Für Straßenbauten ist zu Prozent der erreichbaren Summe vorgesehen, und zwar für Verbreiterung von Fahrbahnen, für die Befestigung von Ge- fahrenpunkten und für die Ausführung von Pflasterungen. Die Straßenregelung beim Bau der Brücke bei Schalkau soll wohl unter allen Umständen vorgenommen werden.

Am Flugbauten

Ist vorgesehen, die Regulierung der Bartsch und der unteren Weistritz. Es könnten die Arbeiten von Feldwege Klein- Wiesentz-Gühran bis zur Brücke bei Sandwalde ausgeführt werden. Die Ausbaurbeiten an der unteren Weistritz sollen fertiggestellt werden, denn die bis jetzt zur Verfügung gestellten Mittel reichen nicht aus. An den Hochwasserflüssen sind vor- gesehen, Arbeiten an der Lausitzer Meise und am Schöps im Kreise Rothenburg i. d. V. Per Kapbach im Kreise Liegnitz und an der Weistritz im Kreise Schweidnitz, am Vöber in den Kreisen Bunzlau und Landeshut und an der Gläker Meise in den Kreisen Glatz und Frankenstein. Den Trägern von Meliorationen soll von ihren Arbeiten ein Zuschuß von 25 Prozent gegeben werden, be- rechnet von dem nichtbesetzten Teil der Gesamtlosumme. Schließlich denkt die Provinz an den Bau einer Stauanlage zur Kraftgewinnung für das Elektrizitätswerk Hirschberg.

Hoffentlich gelingt es, jedenfalls einen Teil dieses reich- haltigen Programms zur Durchführung zu bringen. Da ver- schiedenartige Arbeiten in allen Gegenden der Provinz vor- gesehen sind, so kann allen Kreisen der Bevölkerung eine gelinde Hilfe zuteil werden. Durch die Bauten an der Bartsch, die ja schon in Angriff genommen sind, wird den dort gelegenen Städten und Landgemeinden sicherlich ein großer Teil ihrer Vallen durch Ausgesteuerte abgenommen. Alle Kreise und Städte werden darauf, daß ihnen etwas Gleiches widerfährt. Wenn nicht die öffentliche Hand besorgt, dann ist doch wohl die Befürchtung gerecht- fertigt, daß wir einem noch viel übleren Winter entgegengehen, als wir ihn im vergangenen Jahre hatten. Es ist auch höchste Zeit, daß die Mittel besorgt werden, und daß vor allen Dingen die Reichsstellen Kostandsarbeiten finanzieren helfen. Wenn Kostandsarbeiten aus Mangel an Mitteln zurzeit des bisher größten Notstandes nicht gemacht werden können, dann hat diese Einrichtung

ihren Zweck zum Teil verfehlt.

Der Provinzialparlament hat unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Provinz Mittel zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellt, die gemessen an der riesigen Zahl der Erwerbs- losen gering ist. Möge die Provinz nichts unberücksichtigt lassen, um jedenfalls mit diesen Mitteln so viel Arbeit zu finanzieren, als irgend möglich ist. Heinrich Troeger.

Schlesien, den 1. September, Hirschberg.

Schlechter Donigertrag in Schlessen

Infolge der langen Trockenheit tragen die Bienen in Schlessen nicht viel. Die Bienenstöcke, die der Ackerbauern, sind alle nur noch ganz wenig Abfrucht. So bleibt das jährliche Imkerjahr noch unter mittleren Erwartungen. Es machte sich auch die Wachsbotte in den Bienenstöcken be- merklich bemerkbar.

Zyphus in der Grafschaft

Aus Raders sind zahlreiche Erwachsene und Kinder an einer zyphusähnlichen Erkrankung schwer er- krankt. Man vermutet, daß die Krankheitskeime mit dem Regen geschleppt worden sind.

Auch aus Schleißh. Falkenberg werden Typhusfälle gemeldet. Um den gesundheitlichen Gefahr- hochrigen Wasser aus Raders zu begeben, hat der Neuroder Kreistag beschloffen, eine Wasserleitung im Bereich Industriegebieten zu bauen.

Streifen. Auto in der Ohle. Am Sonnabend

fuhr infolge Unkenntnis der Straße ein von vier Personen besetztes Auto in die Ohle. Die ins Wasser gefallenen Personen konnten gerettet werden, nur der Führer erlitt leichte Schnittwunden.

Bad Landesh. leidet unter der Saleikreuzer- gangen. Der Besuch an Kurorten, die sich zu einem wachsenden Teil aus jüdischen Kreisen rekrutierten, ist in der ständigen Nazirümpelien erheblich zurückgegangen.

Glatz. Eifersucht in der Scheune. In der des Krankheits Scheibe sand man den Fleischer Mont- Neustadt mit schweren Messerschlägen bestmungslos auf. Er lag am Abend gestorben mit einem Kumpfen und einem Mädchen bestattetem Gnade gezeugt. Schließlich hatte er mit zwei Kumpfen und dem Mädel in einer Scheune genächtigt. Hierbei war zwischen den Männern aus Eifersucht zu einer Messerschlag- kommen. Der eine der Täter, der Arbeiter Domagala, Königshütte, wurde bereits verhaftet, während der andere, Maurer Kosowski, flüchtig ist. Der Schwerverletzte operiert werden.

Landeshut. Defizitrat angenommen.

Der letzte Stadtverordnetenversammlung wurde der Etat verabschiedet. Der Antrag des Magistrats erhöhte die bürgerliche Stadtverordneten- mehrheit gegen die sozialdemokratische Fraktion. Aber mit den Stimmen der Nazivertreter den Gaspreis um 1 je Kubikmeter und den Wasserpreis um 20 Pf. pro Kubikmeter. Auf Antrag der SPD, wurde die Einführung der Schulbuch- beschloffen. Obwohl ein Defizit von über 110 Mark vorher- war, wurden die alten Steuerkräfte beibehalten, weil die Bür- glichen offenbar Angst hatten, sich unpopulär zu machen.

Oppeln. Ein angenehmes Wiedersehen. Her- kam dieser Tage zu seinem Bruder nach Oppeln zu Besuch. Es gerieten sie in Streit, in dessen Verlauf der eine das Messer, andere einen Revolver aus der Tasche zog. Das Ende dieses Suches war, daß beide ins Krankenhaus verbracht werden mußten, einer mit Stichverletzungen, der andere mit zwei Kopfwunden.

Aus der Umgebung Unzweckmäßige Arbeitsvermittlung

Man schreibt uns aus Klettenberg: Wie überall, so ist hier eine große Erwerbslosigkeit, zumal wir zum Landkreis gehören und von den Breslauer Arbeitgebern nicht beachtet werden. Der größte Teil ist schon neun bis zehn Monate ohne Verdienst, fällt der Wohlfahrt zur Last und muß von neunzehn Mark Unterstützung in der Woche leben. Nun wird Löhne in der Gemarkung Klettenberg reguliert. Aber von sehr zahlreich dort Beschäftigten ist nur ein ganz geringer Teil von Klettenberg, die Hoffnung der hiesigen Erwerbslosen mit zunichte geworden. Dafür aber sind aus vielen, oftmals entfernt liegenden Dörfern Arbeiter hier eingestellt. Das wurde auf dem Arbeitsamt Auskunft verlangt und gegeben, dem hiesigen Abschnitt beschäftigt zu werden.

Großmütig hat man ihnen hierauf Arbeit in Rastow- Arnoldsmühl an, also an Baustellen, die 15 bis 20 Kilometer von hier entfernt liegen. Da die Arbeit dort schon um 4 Uhr beginnt, müßten die Arbeiter schon gegen zwei Uhr früh in die fahrten; Uebernachtmann kommt bei dem geringen Lohn nicht. Frage. Als ein Erwerbsloser hat, es möge ihm ein Rad gelehrt werden, da er ein solches nicht besitzt, wurde er barfuß abgewiesen.

Die Maul- und Klauenseuche

ist im Ortsteil Petersdorf im Kreise Breslau erloschen. Unter dem Viehbestande des Stellenbesizers Gräber Zweibröd ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Borne. Aus der Partei. Eine überaus hart beschlossene öffentliche Verammlung fand hier am Sonnabend im Kreis- Wiesener statt, in der vorwiegend Landarbeiter mit ihren Frauen und auch Kleinrentnern erschienen waren. Genosse Ernst Breslau sprach über: „Unser Kampf gegen wirtschaftlichen faschistischen Terror“. Dem einseitigen Vortrag folgte eine rege Aussprache, in der besonders die Behandlung von Landarbeitern durch die Gutsverwaltung gebrandmarkt wurde. Desgleichen wurde die Politik der bürgerlichen Gemeindeführung von Borne behandelt. Als Erfolg der Verammlung konnten einige Neuaufnahmen für die Partei gebucht werden.

Mittelsch. D. Freitag. In der Nacht vom Freitag Montag nahm sich der Genosse Gustav Halber von hier Leben, indem er sich vom Zuge überfahren ließ. Sein Tod war selbstig bedauerlich. Chezwirtschaftlichen sollen der Grund gewesen sein.

Malerwitz. In der letzten Parteiverammlung wurde Genosse Kasper als Redner erschienen, der einseitig aufgenommenes Referat über „Das wahre Gesicht Nationalsozialisten“ hielt. Dann gab Genosse Moritz Nationalsozialisten Bericht, für den auf Antrag der Revisionerlastung erteilt wurde. Anschließend wurde die Abhaltung der Verfassungsfeste am 11. August angeregt und zum Ausdruck gebracht, daß möglichst alle Genossen sich am 7. September am Mittelschlesischen Frauentag beteiligen.

Malschwitz. In der letzten Schulvorstandssitzung wurde der Mitglieder des Schulvorstandes mitgeteilt, daß der Speer von der Regierung zum Verbandssprecher ernannt worden ist. Auf Anfrage des Genossen Simon, aus welchem Grunde dieser Vorbehalt der Verbandsvorsitzender nicht gemacht wurde, konnte dem keine klare Auskunft erteilt werden. Es erfolgte eine rege Debatte, in deren Verlauf der einstimmige Beschluß wurde, nicht eher über die auf der Tagesordnung stehenden Fragen zu beraten, bevor uns die Regierung nicht den nötigen Aufschluß gibt, aus welchem Grunde der Vorbehalt des Vorstandes nicht genehmigt wurde. Der Schulvorstand hat nicht für angängig, daß angerechnet ein Mann, der bei der Abstimmung über das „Freiheitsgesetz“ sich nicht geäußert hat, sein Stimmrecht für „Ja“ abzugeben, Verbandsvorsitzender werde.

Noch 17 Tote sind im Schacht

Schreckensstatistik aus dem Waldenburg-Neuroder Revier

Die Aufräumungsarbeiten im Unglücksstreb des Kurt- Schachtes sind soweit fortgeschritten, daß die Toten bis auf sieben geborgen werden konnten. Die ungeheure Kraft des Aus- kreuzes ist daraus zu ersehen, daß man im Streib auf einen 3 1/2 Meter dicken Kohlenstreb gekommen ist, der durch die Kohlen- säure vorgebohrt wurde.

Die Unfälle im niederschlesischen Steinkohlenbezirk zeigen in den letzten Jahren eine ständig steigende Tendenz. So ergeben die dieser Tage bekanntgewordenen amtlichen Zahlen, daß sich im Jahre 1928 2577 Unfälle, von denen 2015 als schwer bezeichnet und 58 tödlich waren; im Jahre 1930 7605 Unfälle, von denen 2170 als schwer bezeichnet und 99 tödlich waren, ereignet haben.

Windhose über Brimtenau

Am Sonnabend richtete ein über Brimtenau nieder- gegangenes Gewitter ungeheuren Schaden an. In dem etwa vier Kilometer entfernten Petersdorf häuften sich eine verheerende Windhose im Walde. Innerhalb weniger Minuten war der Wald stellenweise wie ausgerodet. Teilweise stürzten die Bäume auf die Chaussee und brachten den Verkehr ins Stoden. Die meisten Bäume wurden samt den Wurzelschäden herausgerissen, andere in der Mitte platzt durchgebrochen. Stellenweise liegen die Bäume dicht aufeinander.

Der Schaden kann zur Zeit noch nicht übersehen werden, doch sind dem Sturm schätzungsweise etwa 1000 Bäume zum Opfer gefallen. Die Telefonleitungen sind schwer beschädigt. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Gegen den Marxismus

Die Wahlkampagne beginnt schon

In Liegnitz wurde der Wahlkampf am Sonntag mit einer Verammlung der Wirtschafspartei eröffnet, in der der bisherige Reichstagsabgeordnete Wallath und Landtags- abgeordneter Haff verzapften, wie sich der Mittelstand die Rettung Deutschlands vorstelle. Natürlich ist die Kampparole: „Gegen den Marxismus“ und so nebenbei für erhöhte Waren- aussteuer, für die Steuererhöhung, für die Arbeitslosenpflicht, für die Arbeitslosenversicherung zu werben. „Was diese Zwangsarbeiter machen sollen, und wer das Geld dazu auf- bringt, wurde leider ebensowenig verraten, wie das Geheimnis der Finanzsanierung durch die Pottentatenabgabe.

Der Tod im Brunnenschacht

Am Donnerstag waren in Petersdorf, Kreis Sagan, zwei Brunnenschafter mit dem weiteren Ausschachten eines bereits acht Meter tiefen Brunnens beschäftigt. Pöhlisch wurden beide durch austretende Erdbgase betäubt. Ein am Sell zu ihrer

Rettung hinuntergelassener dreier Brunnenschafter wurde durch die zur Hilfeleistung herbeigerufene Saganer Feuerwehr eben- falls bezwunglos herausgezogen. Er konnte mit Hilfe von Sauerstoffapparaten wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Die beiden anderen Brunnenschafter, Borisch und Blich aus Mednik, Kreis Sagan, konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Angeichts der sich häufenden Fälle von Erdbgasvergiftungen beim Brunnensbau scheint es angebracht, daß hier besondere Sicherheitsvorschriften erlassen werden.

Arbeiterinnen, Hausfrauen, Angestellte!

Alle müßt Ihr zum Mittelschlesischen Sozialistischen Frauentag am 7. Septemb. zur Stelle sein.

Am diesem Tage,

wo Zeugnis abgelegt werden soll, daß im politischen Kampf der organisierten Arbeiterklasse die Frau an der Seite des Mannes schreitet, darf keine fehlen.

Auf zum Frauentag!

Fischsterben in der Elster

Infolge der Trockenheit ist die Elster fast ohne Wasser, jedoch ist der mitgeführte Schwefelteil gefährlich. Dieser Umstand hat ein großes Fischsterben zur Folge. In einem, einem Ingenieur vom städtischen Elektrizitätswerk Hoyerswerda gehörigen Karpfen- teich wurden, da diesem Teich etwas Elsterwasser zugeführt wurde, am anderen Tage etwa 200 Pfund tote Karpfen im Wasser auf- gefunden. In einem anderen Teich, dem ebenfalls Elsterwasser zugeführt worden war, fand man 20 große verendete Karpfen. Vom Elsterbett selbst werden sehr viel tote Fische abwärts ge- trieben.

Nazi-Wahlkampf-Auftakt

Stühle und Bierbeißel sind ihre Argumente

Im Gerichtskreis in Cunnersdorf bei Hirschberg kam es in einer nationalsozialistischen Wahlversammlung zu Unhöflichkeit kommunikativer Zuhörer. Diese schlugen mit Stühlen und Bierbeißeln auf die Nationalsozialisten ein. Der Polizei gelang es, mit den Gummirollen die Kommunisten aus dem Saal zu drängen. Ein junger Nationalsozialist aus Halle (S) und ein Kommunist wurden erheblich verletzt, mehrere andere Versammlungsmitglieder trugen leichte Verletzungen davon.

Schonzeiten-Anordnung

Der Bezirksausschuß hat auf Grund des § 40 Absatz 2 der Jagdordnung vom 13. Juli 1907 in Verbindung mit der Ver- ordnung zum Schutz von Tier- und Pflanzenarten in Preußen vom 10. Dezember 1920 beschloffen, für den Umfang des Regierungsbezirks Breslau den Schatz der Schonzeiten für Jaganten-